



Erfolgreiche Kampagne gegen Kriegsspielzeug

Lego zieht Militär-Modell zurück



Wolfram Wette: Beitrag zu demokratischer Erinnerungskultur

Andreas Zumach: Wie das Corona-Virus die Uno stärkte

Paul Russmann: Deserteur-Denkmal in Stuttgart

Klaus Pfisterer: Kein Werben fürs Sterben

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 65296246
E-Mail verwaltung@dfg-vk.de
E-Mail shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23575236
E-Mail svg@dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Benno Malte Fuchs
E-Mail fuchs@dfg-vk.de
- Katja Görgen
E-Mail Goergen@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Markus Hornberger
E-Mail hornberger@dfg-vk.de
- Kathi Müller
E-Mail mueller@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Marius Pletsch
E-Mail pletsch@dfg-vk.de
- Jan Sander
E-Mail sander@dfg-vk.de
- Torsten Schleip
E-Mail schleip@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände und -Gruppen: www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund
Telefon 0231 - 818032
E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Redaktion *ZivilCourage*
Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 51892620
E-Mail zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de

Die *ZivilCourage* abonnieren unter www.dfg-vk.de/zc

Das DFG-VK-Spendenkonto:
IBAN DE05370205000008304600
BIC BFSWDE33XXX

Liebe Leserin, lieber Leser, leider ist unsere Arbeit für den Frieden ein „mühsames Geschäft“, Erfolge sind selten, Krieg und Gewalt sind vielerorts der Normalzustand. Um so erfreulicher ist es, wenn eine kleine Kampagne schnell erfolgreich ist. So, wie es die „Lego-Kampagne“ war.



Foto: privat

Lego, der weltweit größte Spielzeughersteller wollte Anfang August einen neuen Bausatz auf den Markt bringen, das Modell des von der US-Armee in aktuellen Kriegen genutzten „Kipprotorflugzeugs“ V-22 Osprey. Und das, obwohl Lego sich in seinen Leitwerten seit langem festgelegt hat, auf den Nachbau von aktuell genutzten Waffen und Militärmaterial zu verzichten.

Einige wenige Aktive der DFG-VK bereiteten mit der Studie „Bricks or Bombs?“ eine Kampagne vor, um Lego zur Beendigung seiner Zusammenarbeit mit Rüstungsfirmen zu bewegen und künftig keine weiteren Militärmodelle zu produzieren. Im Vorfeld des Osprey-Verkaufs sollten vor einigen Lego-Stores mit Infoständen auf das Kriegsspielzeug hingewiesen werden, das Ganze unterstützt mit Pressearbeit und Veröffentlichungen in den sozialen Medien.

Und dann? 30 Stunden nach Kampagnen-Start und Straßenaktionen vor den Lego-Läden in Berlin in Hamburg zog Lego das Osprey-Set zurück, ließ es weltweit aus den Stores zurückholen, wohin es für den Verkaufsstart in wenigen Tagen ausgeliefert worden war, und erklärte die „Aufrechterhaltung der Markenwerte“ für wichtiger als den Warenverkauf und damit den ökonomischen Erfolg.

Leider ist es in unserer Arbeit häufig so, dass zwar an vielen Orten geplant, vorbereitet und aktionsmäßig umgesetzt wird. Die gründliche Auswertung und das systematische Lernen für die nächsten Aktionen kommt aber häufig viel zu kurz. Auch das war dieses Mal anders. Michael Schulze

von Glaßer, der politische Geschäftsführer des DFG-VK-Bundesverbandes, auf dessen Idee die Lego-Kampagne zurückging, hat ausführlich beschrieben, wie die Kampagne angelegt war, was beabsichtigt war, wie sie durchgeführt wurde, was daraus zu lernen ist. Leicht gekürzt ist sein Text dieses Mal die *ZivilCourage*-Titelgeschichte.

Für mich zeigt die Lego-Kampagne zwei Dinge: Ohne Profis, also bezahlte Menschen, hätte die DFG-VK diese Kampagne wohl nicht durchführen können. Man kann zurecht immer skeptisch sein, was hauptamtliche Arbeit in einer letztlich kleinen Organisation wie der DFG-VK angeht. Sie bindet Finanzen, also vor allem Mitgliedsbeiträge, schafft Ungleichgewicht, die Profis haben „mehr Zeit und Wissen“ als die unbezahlten Aktiven und auch mehr Einfluss auf die Verbandspolitik. Deshalb sind die demokratische Rückbindung und die Transparenz von Entscheidungen und Abläufen umso wichtiger.

Und, Michael Schulze von Glaßer, hat das auch erklärt: Ohne die coronabedingten Veränderungen und Freiräume hätte es sein umfassendes Auswertungspapier vermutlich nicht gegeben, dann hätte er Energie für die Vorbereitung anderer Aktionen aufgewendet, hätte Zeit für Besprechungen, Sitzungen und Reisen ver(sch?)wendet.

Die Corona-Pandemie könnte also auch ein Anlass dafür sein, unsere Friedensarbeit kritisch zu reflektieren und zu überlegen, wo wir zu viel zu schnell aktivistisch sind und dabei das gründliche Überlegen und strategische Planen vernachlässigen.

Erkenntnisreiche Lektüre und „Bleibt gesund“ wünscht

Einen Politikwechsel kann es nur gemeinsam mit den sozialen Bewegungen geben

Von Thomas Haschke



Foto: Roland Hägele

Seit 2005 haben wir eine konservative Regierung mit unterschiedlichen Partner*innen: der FDP und der SPD. In dieser Zeit ist die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergegangen. Friedenspolitisch – bzw. eher kriegerisch – wurden neue Ziele gesteckt und auch erreicht: die Militarisierung der EU, neue Rekorde bei der Ausfuhr und Produktion von Rüstungsgütern sowie auch eine ständige Erhöhung des Militärhaushaltes in Richtung 1,5 bzw. 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Klar sehnt sich jedeR Pazifist*in und Antimilitarist*in, also auch ich, nach einem Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und einem friedlicheren Land, einer friedlichen Welt. Einer Politik, in der Menschen, die vor Krieg, Umweltkatastrophen und sozialem Elend flüchten müssen, ohne Wenn und Aber menschenwürdig bei uns aufgenommen werden. Einer Politik, mittels der soziale globale Missstände weltweit behoben werden. Diese Möglichkeiten gibt es bei einem wirklichen Politikwechsel, der über beschriebenes Papier und viele Versprechungen hinausgeht. Und dafür stehen ich und viele in der Partei Die Linke.

Aber die Linke würde leider nur die kleinste Koalitionspartner*in in einer rot-rot-grünen Regierung sein und könnte diese Ziele leider nicht so einfach umsetzen. Was grüne Politik sein kann, erlebe ich leider in Baden-Württemberg täglich, u.a. mit neuen verschärften Polizeigesetzen. Was wir brauchen, ist eine starke Zivilgesellschaft, die durch sozialen und friedlichen Protest für ihre Ziele kämpft. Sie wäre auch die Partnerin der Linken. Kleine Erfolge konnten wir so schon

gemeinsam erringen: Rüstungsexporte werden in keinem anderen europäischen Land in der Bevölkerung so kritisiert wie in Deutschland. Auch ist der Friedensbewegung und der Linken gemeinsam zu verdanken, dass der Druck auf die Bundesrepublik, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, so hoch ist.

Auch Opposition wirkt. Durch kleine Anfragen der Linksfraktion im Bundestag z.B. erfährt die antimilitaristische Bewegung, wie viele tödliche Waffen exportiert werden, Termine, an denen sie gegen die Rekrutierungsversuche der Bundeswehr protestieren kann, und noch vieles mehr.

Ich finde in dieser Hinsicht das Linke-Grundsatzprogramm sehr klar: „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“

Wenn es unter den jetzigen Voraussetzungen ein rot-rot-grünes Bündnis geben sollte, dann brauchte es ganz besonders den Druck einer starken Friedens- und Sozialbewegung. Nur so können progressive Positionen in einer Regierung durchgesetzt werden. Nur so kann die Linke dazu beitragen, dass es z.B. keine Verlängerungen mehr von Auslandseinsätzen gibt oder die Steuereinnahmen des Bundes sozialen Projekten und nicht dem Militärssektor zufließen.

In diesem Sinne sollten wir zusammen für einen Politikwechsel kämpfen!

Thomas Haschke ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Stuttgart und als Geschäftsführer des Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK. <<

Inhalt

Titel

04 Bauklötze statt Waffen – Erfolgreiche Kampagne gegen Kriegsspielzeug

Antimilitarismus

10 Friedens-Fahrradtour NRW unter Corona-Bedingungen
11 Fahrrad-Sternfahrt statt des 16. Pacemakers-Radmarathons
13 Beispielhaftes Gedenken am Hiroshima-Tag in Herford
14 Stuttgarter Deserteur-Denkmal
16 Die problematische Werbung von Jugendoffizieren in Schulen
18 Das Gegen-Kunstwerk in Heidenheim zum Denkmal für Hitlers Lieblings-General Rommel ist ein Beitrag zu demokratischer Erinnerungskultur

DFG-VK-Info

17 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“
28 Wie die DFG-VK-Cloud die Arbeit erleichtert

Pazifismus

32 Ein Gedankenexperiment: Utopischer Rückblick im September 2045 auf die 20er Jahre dieses Jahrhunderts

International

26 Global betrachtet

13 Nachruf • 25 Impressum
 • 30 Briefe • 31 Literatur • 35 Satire
 • 35 Beitrittserklärung zur DFG-VK
 • 36 Karikatur



Foto: Michael Schulze von Glaßer

Bauklötze statt Waffen

Chronologie und Auswertung der Lego-Kampagne

Von Michael Schulze von Glaßer

Am 20. Juli um 11 Uhr hatte die DFG-VK eine Kampagne gegen die geplante Veröffentlichung des ersten realen Lego-Militärsets und die Zusammenarbeit des dänischen Spielzeugunternehmens mit Rüstungsfirmen gestartet – 30 Stunden später war die Kampagne auch schon wieder beendet. Erfolgreich. Was ist passiert? Wie sah die Kampagne aus? Was hat geklappt? Was nicht? Und was kann die DFG-VK für die Zukunft daraus lernen?

Auf der Nürnberger Spielwarenmesse im Januar stellte Lego das für den 1. August zur Veröffentlichung bestimmte Modell „Technic 42113 Bell-Boeing V-22 Osprey“ vor. Fotos des Modells durften nicht gemacht werden, Lego-Fanmedien berichteten aber – und das teilweise mit Verwunderung, da die Osprey ein rein militärisch genutztes Flugzeug ist und Lego eigentlich den Grundsatz hat, keine realen Militärvehikel als Modelle zu veröffentlichen.

Ich erfuhr von dem Lego-Plan und begann zu recherchieren: Die Osprey ist ein modernes Kipprotorflugzeug, das mit 400 Exemplaren vom US-Militär und mit 17 bestellten Maschinen von der japanischen Armee eingesetzt wird. Zivile Nutzer*innen gibt es nicht. Bei der Air Force, der Navy und dem Marine Corps sind die Flug-

zeuge in allen Einsätzen mit dabei – etwa in Afghanistan, Mali und im Jemen. Besonders für Kommandoaktionen werden die senkrecht startenden und landenden V-22 verwendet. Dabei kam es bei Einsätzen auch nachweislich schon zu zivilen Toten, selbst Kinder waren unter den Opfern. Die Osprey ist meist mit einem Maschinengewehr bewaffnet, es gibt aber auch Versionen mit schwereren Waffen wie einer „Minigun“ und Pläne, das Flugzeug mit Raketen auszurüsten. Passt so ein Vehikel ins Portfolio eines Spielzeugherstellers, der hohe – und friedliche – Ansprüche an sich stellt und damit auch öffentlich auftritt?

Das wollten wir von Lego wissen und hatten noch viele weitere Fragen zu dem geplanten Modell und der Zusammenarbeit mit den echten Osprey-Herstellern Boeing und Bell. Wir schickten Lego daher am 7. Februar einen ersten Brief mit Fragen und einem Gesprächsangebot an den Firmensitz im dänischen Billund. Eine wie auch immer geartete Antwort erhielten wir nicht. Auch weitere Briefe vom 11. März und 17. April blieben ohne Reaktion. Lego ist kein kleines Unternehmen, sondern mit 5,8 Milliarden Euro die mit Abstand wertvollste Spielwarenmarke der Welt, allein 2019 machte das Unternehmen einen Nettogewinn von 1,1 Milliarden Euro. Dennoch (oder gerade deshalb) keine Antwort zu bekommen, war enttäuschend.

Trotzdem war es doch sehr wichtig und richtig, zunächst den Weg des Gesprächs zu suchen. Gerade für eine Friedensorganisation sollte diese Herangehensweise – so es die Zeit zulässt – immer der erste Schritt sein, der zudem die eigene Argumentation stärkt, wenn die Gegenseite nicht reagiert.

Der geplante Veröffentlichungstermin des Osprey-Modells rückte näher und der DFG-VK-Bundessprecher*innenkreis (BSK) und ich stellten sich die Frage, was wir nun machen sollten. Besonders mir lag das Thema am Herzen: Lego-Spielzeug erreicht viele, vor allem junge Menschen. Das Osprey-Set sollte eine Altersempfehlung von „11+“ haben. Unternehmen wie Boeing, das laut dem Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) mit Rüstungsverkäufen von 26,08 Milliarden Euro im Jahr 2018 der zweitgrößte Rüstungskonzern der Welt ist, versuchen mittlerweile, gezielt Kinder und Jugendliche von ihren Produkten zu begeistern, indem sie sie als Spielzeuge oder in Medien wie Filmen und Videospielen erlebbar machen. Über die Technikbegeisterung sollen die (künftigen) Steuerzahler*innen von den realen und oft sehr teuren Kriegsvehikeln begeistert werden, so dass sie ihre Anschaffung für das Militär später goutieren.

Ohne Frage spielte auch eine Rolle, dass Lego allein durch Größe und Einfluss von Relevanz ist. Eine Kampagne hatte die Chance, Aufmerksamkeit zu erregen, denn wer demonstriert schon vor Lego-Läden? Zudem gab uns eine ähnliche Kampagne von Greenpeace aus dem Jahr 2014 Hoffnung auf Erfolg. Damals mahnte Greenpeace die jahrzehntelange Kooperation von Lego mit dem umstrittenen Ölkonzern Shell an, woraufhin der dänische Spielzeughersteller schnell reagierte und die Zusammenarbeit beendete.

Der BSK und ich besprachen also, das Thema anzugehen – wenn auch nicht groß: Zwar waren bei mir coronabedingt Kapazitäten frei – etwa weil der „Tag der Bundeswehr“ im Juni vom Verteidigungsministerium abgesagt wurde –, das Thema ist für unseren Verband aber eher ungewöhnlich

und das Interesse begrenzt, zumal die Veröffentlichung des Sets in den Sommer fallen sollte und viele sonst Aktive dann im Urlaub sind. In den – in der DFG-VK-Cloud für alle Mitglieder abrufbaren – Protokollen der BSK-Sitzungen tauchte das Thema erstmals am 20. Februar auf. In den Berichten zu den ausgefallenen bzw. virtuellen Bundesausschuss-Sitzungen stellten Kathi Müller und ich das Thema am 24. März in einem Livestream und am 2. Juli in einem Video vor. Erst im Juni wurde vom BSK beschlossen, das Thema wirklich zu einer (kleinen) öffentlichen Kampagne zu machen. Das Interesse der Aktiven am Thema war vorhanden, selbst aktiv zu werden, eher nicht. Aber das musste auch gar nicht sein: Die Kampagne wurde so geplant, dass sie vor allem medial wirken und Druck erzeugen sollte – und das möglichst international.

Unsere Kampagnenziel war: Lego solle die Kooperation mit Rüstungsfirmen beenden und keine weiteren modernen Militärmodelle herstellen. Die Forderung war nicht – das muss hier ausdrücklich gesagt werden –, das Lego-Modell gänzlich zurückzuziehen. Es wurde von uns schlicht als unrealistisch eingeschätzt, dass der dänische Spielzeughersteller das Modell so kurz vor Markteinführung noch zurückzieht; immerhin laufen die internen Planungen bei Lego für solche Modelle jahrelang, und die Sets dürften bereits einige Wochen vor Verkaufsstart bei vielen Händler*innen liegen.

Die Vorbereitung. Ein wichtiger Teil und de facto Argumentationsleitfaden war die von mir verfasste Studie „Bricks or Bombs? – Mit welchen Rüstungskonzernen LEGO® zusammenarbeitet, Kriegsspielzeug herstellt und damit seine eigenen Grundsätze verrät“, in der die geplante Klemmbaustein-Osprey und ihr reales Vorbild vorgestellt wurden, gezeigt wurde, wer das Flugzeug wie und wo einsetzt und warum es mit Legos eigenen Unternehmenswerten unvereinbar ist. Denn das Unternehmen Lego hat seine Leitwerte, zu denen etwa die

„Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen gehören, in vielen Berichten und auf seinen Websites ausformuliert und muss sich daran messen lassen. 2010 formulierte Lego eine Richtlinie zum Umgang mit Waffen und Militär und schrieb dazu in seinem Fortschrittsbericht:

„Das grundlegende Ziel ist es, realistische Waffen und Militärausrüstung zu vermeiden, die Kinder aus Brennpunkten auf der ganzen Welt kennen könnten, und bei der Kommunikation von LEGO-Produkten von gewalttätigen oder beängstigenden Situationen abzusehen. Gleichzeitig soll die Marke LEGO nicht mit Themen in Verbindung gebracht werden, die Konflikte und unethisches oder schädliches Verhalten verherrlichen.“

Unsere Studie zu diesem deutlichen Verstoß gegen die eigenen Grundsätze erschien als 16-seitige Broschüre auf Deutsch und Englisch. Da der dänische Spielzeughersteller weltweit agiert, musste auch die Kampagne international sein; alle Materialien – von der Studie über Pressemitteilungen, ein zusammenfassendes Factsheet sowie eine Aktionswebsite – gab es daher zweisprachig. Unser Vertreter bei der War Resisters' International (WRI), David Scheuing, sowie Kathi Müller übersetzten die teils langen Texte, was enorm wichtig war. Zudem setzten wir für die Kampagne fast alle unsere in den letzten Jahren entwickelten Fähigkeiten ein: Unsere IT-Experten Ralf Buchterkirchen und Jérôme Drees setzten Websites auf, wir erstellten Video-Trailer für die Kampagne, und unser Datenschutzbeauftragter Frans Valenta beriet uns dazu, wie man eine internationale Petition anstoßen könnte. Denn als partizipatives Element wurde auf Change.org eine englischsprachige Petition gestellt, mit der man von Lego forderte, keine weiteren Kooperationen mit Rüstungsfirmen einzugehen und keine weiteren Militärsets zu veröffentlichen. Auf die Plattform Change.org haben wir nach Rücksprache mit Frans Va-

lenta zurückgegriffen, da wir mit dem System unserer eigenen Website aktuell keine eigenen Petitionen aufsetzen können und Change.org nach Kritik vor einigen Jahren in Sachen Datenschutz sehr aufgeholt hat. Alle Materialien und Informationen zur Kampagne können auf www.lovebricks-hatewar.de bzw. www.lovebricks-hatewar.com abgerufen werden.



Auf der Packung des neuen LEGO-Sets prangen die Logos der lizenzierten Rüstungsunternehmen.

Ein Element der Kampagne war natürlich auch eine Straßenaktion: Lego betreibt in Deutschland zwölf eigene Stores. Eine Aktion sollte es in der Hauptstadt geben. In Städten mit Lego-Stores, in denen wir Aktive haben, wurden diese angeschrieben und gefragt, ob sie Aktionen machen wollen; Materialien dafür wurden gestellt. Als Aktionselement diente ein etwa 90 Zentimeter hohes, aus mehreren tausend bunten Lego-Steinen bestehendes Peace-Zeichen sowie ein Kostüm einer Lego-Figur in Tarnkleidung, die mit einem Spielzeuggewehr auf das Peace-Zeichen zielen sollte. Die Aktion sollte so die drohende Militarisierung des Spielzeugherstellers symbolisieren. Dazu waren bewusst nur wenige Leute nötig, es ging vor allem darum, „gute“ Bilder für die Medien zu schaffen, und weniger darum, die Leute direkt vor den Lego-Stores zu erreichen.

Leider gab es nur wenig positive Rückmeldungen der Gruppen auf das Aktionsangebot. So waren zunächst nur Aktionen in Berlin, Hamburg und Frankfurt am Main geplant.

Als Startschuss für die Kampagne wurde der 20. Juli gewählt, zwölf Tage vor Veröffentlichung des Modells und damit früh genug, damit Rezensent*innen der Lego-Osprey unsere Kritik in ihre Besprechungen einfließen lassen könnten. Es gibt sowohl in Deutschland als auch international eine sehr große und aktive Lego-Fan-Community. Der größte Klemmbaustein-YouTuber in Deutschland ist „Held der Steine“ mit über 400 000 Abonnent*innen, international ist der US-Amerikaner „Jangbricks“ mit 1,23 Millionen Abonnent*innen der größte und einflussreichste Lego-YouTuber. Zudem gibt es zahlreiche deutsche und internationale Nachrichten-Websites von Lego-Fans.

Der deutschsprachigen Presse und Lego-Community habe ich unsere Studie samt Briefen einige Tage vor Kampagnenstart postalisch zugesandt, insgesamt 50 Briefe. Am Donnerstag vor der Aktion, am 16. Juli, habe ich zudem Nachrichtenagenturen nach einer vorherigen Infomail abtelefoniert, um sie dazu zu bewegen, zu den geplanten Aktionen zu kommen. Die internationale Presse sowie die Lego-Community habe ich elektronisch angeschrieben. Nach Billund ging per Einschreiben eine englischsprachige Version der Studie. Bereits am Freitag vor dem Kampagnenstart meldeten sich die Redakteure zweier Lego-Fanmedien bei mir und hatten Nachfragen zu unserer Studie und der geplanten Kampagne – das Interesse war geweckt!

Die Kampagne. Am 20. Juli um 11 Uhr war der offizielle Startschuss: Dann begann die angemeldete Aktion vor dem Lego-Store in Berlin, und auch die auf unsere Pressemitteilung gesetzte Sperrfrist fiel. Für die Aktion in Berlin kündigten sich RTL/n-tv mit einem Filmteam und die Nachrichtenagentur epd an. Diese erste Resonanz war gut, gerade mit Blick auf die vielen Presseversendungen und Telefonate im Vorfeld aber auch enttäuschend.

Richtig ins Rollen kam das Thema am Starttag der Kampagne vor al-

lem durch ein uns und den Medien um 8 Uhr 48 Uhr zugesandtes offizielles Statement von Lego:

„Wir nehmen Ihren Standpunkt und Ihre Anmerkungen sehr ernst und möchten Ihnen die offizielle Stellungnahme der LEGO Gruppe zukommen lassen: Das LEGO Technic Set Bell Boeing V-22 Osprey wurde von uns bezogen auf Einsätze des Flugzeugs bei Rettungsaktionen entwickelt. Vorwiegend wird das Flugzeug jedoch militärisch genutzt. Wir verfolgen bereits seit langem den Grundsatz, keine Sets mit Militärfahrzeugen zu gestalten. In diesem Fall haben wir uns nicht strikt an unsere eigenen Richtlinien und hohen Standards gehalten und werden daher die Pläne zur Einführung des Produkts am 1. August überprüfen.“

Das Statement war gleichzeitig die erste Reaktion von Lego – spät, überraschend und für uns aber erst mal kein Grund, die geplanten Aktionen abzusagen.

Wir bauten uns also vor dem Lego-Laden in Berlin auf. Die Mitarbeiter*innen waren von ihrer Zentrale über die Aktion informiert und sehr freundlich. Nach etwa zwei Stunden haben wir die Aktion in Berlin beendet und machten uns mit dem DFG-VK-Bulli und den Materialien, vor allem dem großen Peace-Zeichen, auf den Weg nach Hamburg.

Währenddessen gab es erste Medienveröffentlichungen und auch einige Anrufe der Presse bei mir. Für den Abend wurde ich spontan zu einem Livestream eines deutschen Lego-YouTubers eingeladen. Mehrere hundert Menschen guckten live zu, mittlerweile hat das Video rund 15 000 Aufrufe. Dabei zeigte sich allerdings: Nicht wenige Lego-Fans fühlten sich durch die Kampagne angegriffen, setzten sich aber nicht mit unseren Argumenten – und dem ersten Statement aus Billund – auseinander. Immerhin wurde das Thema wahrgenommen und sorgte für Interesse. Am Abend erschien sogar auf der Website der Bild-Zeitung ein Artikel über das Osprey-Set und unsere Kritik daran.

Am Dienstagvormittag fand dann die Aktion vor dem Lego-Store in Hamburg statt, wir waren insgesamt sechs Personen, die meisten von der DFG-VK-Gruppe Lübeck. Wieder war auch Presse da, u.a. der NDR. Wie schon in Berlin war die Aktion „klein aber fein“, und besonders das Schauspiel vom Lego-Soldaten, der auf das Peace-Zeichen zielte, sorgte für Aufmerksamkeit. Nach etwa drei Stunden war die Aktion beendet. Nächste Station: Frankfurt am Main. Unterwegs rief mich eine Mitarbeiterin von Lego Deutschland an, um mich auf ein weiteres Statement aufmerksam zu machen. Am 21. Juli um 16 Uhr 52 Uhr verbreitete Lego, dieses Statement:

„Wir verfolgen seit langem die Politik, keine Sets mit echten Militärfahrzeugen zu erstellen, daher wurde beschlossen, dieses Produkt nicht auf den Markt zu bringen. Wir verstehen, dass einige Fans, die sich auf dieses Set gefreut haben, enttäuscht sein könnten, aber wir halten es für wichtig, dass wir unsere Markenwerte aufrechterhalten.“

Nur 30 Stunden nach dem Startschuss war unsere Lego-Kampagne damit – zunächst – beendet. Die Aktiven der Gruppe Frankfurt entschieden, die geplante Aktion nicht mehr durchzuführen. Die auf unseren Transparenten und Schildern geschriebenen Forderungen waren ja – erst einmal – erfüllt.

Das mediale Interesse an der Sache steigerte sich aber sogar noch. Am Abend war ich für ein Interview beim Betreiber der Klemmbaustein-Nachrichtenseite „StoneWars“ eingeladen, der sich sehr sachlich mit dem Osprey-Thema auseinandersetzte. Dabei kam heraus: Der „StoneWars“-Betreiber hatte am 17. Juli nach Eingang unserer Pressemitteilung mit Lego Deutschland gesprochen und dieses um ein Statement gebeten – doch Lego Deutschland wusste von nichts. Die Lego-Zentrale in Billund hatte anscheinend nicht informiert bzw. hatte unsere geplante Aktion – es gab ja auch nie eine Reaktion auf unsere Anschreiben – nicht wahrgenom-

men. Spätestens ab diesem Zeitpunkt hatte der Spielzeughersteller das Thema auf dem Schirm, was auch das Statement am Montagmorgen erklärt. Doch nicht nur die „StoneWars“-Seite berichtete umfassend über den Fall.

Das Nachspiel. Der Rückzug des Osprey-Sets nur zehn Tage vor Verkaufsstart ist sehr ungewöhnlich. Viele Sets sollen schon in die ganze Welt ausgeliefert gewesen sein und lagen verkaufsbereit in den Läden – Lego wird die Rückholung des Sets Millionen gekostet haben. Nicht zu vergessen die Entwicklungs- und Produktionskosten. Bei einem Nettogewinn von 1,1 Milliarden Euro allein im Jahr 2019 wird all das für den dänischen Spielzeughersteller allerdings finanziell zu verschmerzen sein. In Neuseeland, Großbritannien und einigen anderen Ländern landeten trotz der Rückholung vereinzelt Exemplare der Osprey im Handel bzw. bei Käufer*innen. Auf der Online-Auktionsplattform Ebay werden die eigentlich im Rahmen der Preisempfehlung für 149,99 US-Dollar/129,99 Euro verkauften Sets mittlerweile für vierstellige Beträge gehandelt. Unsere Kampagne hat also wohl auch zu einem der teuersten Lego-Sets jemals geführt.

All das sorgte für großes Medieninteresse. Wir veröffentlichten einen Tag nach der Kampagne eine Presseerklärung mit einem Statement zum Rückzug des Osprey-Modells. Viele Medien griffen die Mitteilung auf, und es gab auch noch einige Presseanfragen. In internationalen Medien war unser Verband wohl selten so präsent: Es gab Berichte über die Kampagne der „German Peace Society – United War Resisters“ in Medien u. a. in Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Hongkong/China, Indonesien, Island, Italien, Japan, den Niederlanden, Pakistan, Polen, Russland, Tschechien, Ungarn und den USA. Auch deutsche Medien berichteten umfassend. Auch Klemmbaustein-Fanmedien und Youtube-Kanäle griffen das Thema auf: Der schon erwähnte US-Amerikaner „Jangbricks“ machte ein Video, wel-

ches mittlerweile über 70000 Aufrufe verzeichnet. Ein Video des öffentlich-rechtlichen Youtube-Kanals „Walulis daily“ mit dem Titel „Lego macht Deal mit Rüstungsfirma – und crasht jämmerlich“ erreichte mehr als 200000 Aufrufe. Und das Video des deutschen „Held der Steine“, der uns in seinem Video über den Fall allerdings nicht namentlich erwähnte, erreichte über 300000 Aufrufe.

In den sozialen Medien schlug uns ein durchaus heftiger Shitstorm entgegen. Viele Lego-Fans machten uns für den Rückzug des Sets verantwortlich – sie warfen uns vor, es verboten zu haben. Dabei hatten wir nie ein Verbot des Sets gefordert. Dem Shitstorm auf Facebook, Youtube, Instagram und Twitter wurden wir kaum Herr und konnten bei weitem nicht auf alle Kommentare und Anfeindungen reagieren; hier wurde deutlich, wie sehr der DFG-VK Kapazitäten in diesem Bereich fehlen. Kathi Müller und ich als Betreuer*innen der Plattformen machen die Social-Media-Arbeit nur nebenher. Auch ich persönlich bekam einige empörte E-Mails und sogar SMS aus verschiedenen Ländern – manchmal sachlich, oft beleidigend. Der Verweis auf unsere Aktionswebsite und die Studie entkräftete alle Vorwürfe und beruhigte zumindest einige der aufgebracht Gemüter. Die Toxizität von Teilen der Lego-Community schreckte wiederum einige Fanmedien und Youtuber auf, die sich darüber schockiert zeigten.

Knapp drei Wochen nach Beginn unserer Kampagne ebte das Interesse ab, sowohl der Medien als auch auf Social-Media-Plattformen. Doch was bleibt von der Lego-Kampagne? Was können wir aus der Kampagne lernen? Und wie konnten wir als vergleichsweise kleine Organisation es schaffen, den größten Spielzeughersteller der Welt nach einer 30-stündigen Kampagne zu einem so schnellen und durchgreifenden Handeln zu bewegen?

Das Fazit. Die Faktenlage war eindeutig: Das Lego-Osprey-Set stellte einen klaren Verstoß gegen die Grund-



Die 16-seitige Lego-Studie der DFG-VK ist abrufbar unter: https://www.dfg-vk.de/files/lego/LEGO-Studie_DE_Final_web.pdf

sätze des Spielzeugherstellers dar, keine realen Militärfahrzeuge herzustellen. Damit hatten wir wirklich einen Punkt getroffen, der sich nicht wegwischen ließ. Ob es aber tatsächlich nur unsere Kritik war, die zum radikalen Schritt des Rückzugs des Sets führte, ist unklar. In der deutschen und internationalen Fan-Community wurde darüber viel diskutiert.

- Fragen zum und Kritik an dem Osprey-Modell gab es in der Klemmbaustein-Community schon seit der Modellankündigung. In Lego-Fanforen im Internet wurde eifrig debattiert, ob das Modell als Kriegsspielzeug nicht gegen die Richtlinien des Unternehmens verstoße. Auch große Lego-Youtuber äußerten diese Bedenken, allerdings immer nur beiläufig. Unsere Kampagne hat die schon seit Januar bei Fans bestehende Kritik „in Form gegossen“. Die Kritik am Modell könnte aber bereits seit der Spielwarenmesse auch bei Lego intern diskutiert worden sein. Der militärkritische Grundsatz des dänischen Unternehmens wurde von den Unternehmensgründern der Familie Kristiansen, die den Zweiten Weltkrieg miterlebt hatte, festgeschrieben. Noch heute hält die Familie 75 Prozent der Anteile an Lego. Es könnte sein, dass

sich die Familie eingemischt hat und das Osprey-Modell deshalb zurückgezogen wurde. Unsere Kampagne wäre dann nur der Tropfen gewesen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, immerhin.

- Die zweite Vermutung für den abrupten Rückzug des Osprey-Sets betrifft dessen Qualität: Lego hat seit einiger Zeit Qualitätsprobleme bei seinen Materialien, und die Osprey hatte wohl einen fatalen Konstruktionsfehler. Klemmbaustein-Fans, die ein Modell ergattern konnten, berichten von berstenden Zahnrädern. Die Veröffentlichung des Sets wäre für Lego wohl zu einem Qualitäts- und Image-Desaster geworden. Einige Klemmbaustein-Fans vermuten daher, dass die moralische Begründung, das Set zurückzuziehen, nur vorgeschoben war, unsere Kampagne Lego sozusagen gelegen kam, und der wahre Grund das Qualitätsproblem des „Osprey“-Sets war.

Lego hat sich am 5. August in einem Statement zu den Gerüchten geäußert, und Qualitätsprobleme als Grund für den Rückzug des Sets von sich gewiesen: „Die Entscheidung, den LEGO Technic V-22 Osprey nicht auf den Markt zu bringen, wurde allein aufgrund der Tatsache getroffen, dass das Set gegen unsere Politik verstieß, keine echten Militärfahrzeuge herzustellen. Es gab keine anderen Faktoren, die die Entscheidung in irgendeiner Weise beeinflusst haben.“

Egal, welcher Grund nun der „wahre“ war, wird Lego sich die Entscheidung nicht leicht gemacht haben. Die Kosten für die Rückholung dürften in die Millionen gehen. Für uns wichtig: Mit den kurzen Statements, die Lego offiziell gemacht hat, verpflichtet es sich, seine militärkritische Richtlinie stärker zu beachten – zumindest erst einmal.

Unsere Forderungen an Lego waren auf die Zukunft gerichtet. Der Rückzug des Militärsets hat unsere Forderung übertroffen. Trotzdem muss sich noch beweisen, wie sehr sich Lego in Zukunft an seine selbstformulierten Grundsätze hält.

Gerade unter Klemmbaustein-Fans wird die Forderung nach einer Änderung der Grundsätze lauter – allerdings sehr unterschiedlich: Die einen fordern eine Schärfung der Grundsätze etwa um eine Jahreszahl, ab der Militärvehikel bei Lego als „modern“ gelten, um Klarheit darüber zu haben, welche Sets es geben kann und welche nicht. Andere Fans wünschen sich hingegen eine Aufhebung des militärkritischen Grundsatzes und eine vollkommene Öffnung für Kriegsspielzeuge. Falls es eine Debatte um die Lego-Grundsätze geben wird, sollten wir uns darin auf jeden Fall einmischen. Dazu haben wir bereits einen Brief nach Billund geschickt und unsere Expertise beim Thema Frieden/Gewaltfreiheit bzw. Krieg/Militär/Rüstung für Debatten und Beratungen angeboten. Zudem wollen wir Lego als Erinnerung an seine Unternehmenswerte und als Mahnung gerne unser bei den Aktionen in Berlin und Hamburg verwendetes Peace-Zeichen schenken – mit Übergabe am 21. September, dem UN-Weltfriedenstag. Eine Antwort auf unseren Brief haben wir noch nicht. Auch wenn unsere Lego-Kampagne also fürs Erste erfolgreich beendet ist, läuft die Debatte noch, und das Thema ist noch nicht vollends durch – wir beobachten es weiter. Doch wenn wir es noch mal aktiv angehen müssen, was sollten wir anders machen?

Was am offensichtlichsten überhaupt nicht geklappt hat, ist unsere Petition. Der Gedanke hinter der Petition war, ein Mitmach-Element zu haben. Da die ganze Debatte um das Osprey-Modell bei Kampagnenstart aber nur im „Expert*innenkreis“ der Lego-Community stattfand und die Petition dort relativ kritisch gesehen wurde, fand sie nur wenige Unterzeichner*innen – und als die Lego-Kampagne durch Medienberichte öffentlicher wurde, war sie aufgrund des Rückzugs des Sets auch schon wieder vorbei. Für die Zukunft sollten wir, wenn wir eine Online-Petition starten, dies besser vorbereiten. Wir brauchten zudem schon einige hundert Unterzeichner*innen vorab si-

cher, damit es nicht „peinlich“ wird. Die misslungene – und mittlerweile auf Change.org gelöschte – Petition zeigt aber auch eine grundsätzliche Mobilisierungsschwäche der Friedensbewegung im Internet.

Dabei war auch unsere eigene Zurückhaltung im Nachhinein falsch: Dass dies hier der erste – und wohl auch letzte – *ZivilCourage*-Artikel über die Lego-Kampagne ist, zeigt ihre kurze Initiationszeit, aber auch ihre geringe Verankerung in der Breite des Verbands. Nun wissen wir, dass unser Verband auch ungewöhnlichere Themen selbstbewusster angehen und sie intern mehr verbreiten sollte.

Denn Unternehmen als Ziele von Protesten zu wählen (wie wir es auch oft beim Thema „Rüstungsexporte“ machen), erscheint grundsätzlich weitaus erfolgversprechender, als staatliche Stellen wie etwa die Bundeswehr oder die in Deutschland gelagerten US-Atomwaffen zu einer Korrektur zu bewegen. Das heißt nicht, die aktuellen Schwerpunkte zu ändern! Aber unser Verband muss offen(er) sein für neue und eben auch „softe“ Themen. Den Bereich der „Popkultur“, wozu auch die Lego-Sets gezählt werden müssen, die gerade auf junge Menschen viel Einfluss nehmen, hat die DFG-VK – wie auch die gesamte Friedensbewegung – heute kaum im Blick. Dabei können in diesem Bereich sowohl Aufmerksamkeit als auch Erfolge generiert werden. „Softe“ Themen wie die Lego-Kampagne sind vielen Menschen sehr viel näher als andere von uns bearbeitete Themen. Ideal ist eine Verbindung von „soften“ mit „harten“ Themen: Wenn unsere Kernthemen in popkulturellen Zusammenhängen bearbeitet werden können.

Dies gelang bei der Lego-Kampagne eher mäßig: Nur Lego stand im Fokus der öffentlichen Kritik, nicht so sehr die lizenzgebenden Rüstungskonzerne Boeing und Bell. Es gibt weder Statements noch irgendwelche Reaktionen der beiden Rüstungskonzerne auf den Lego-Fall. Dabei dürften den Konzernen Gewinne aus dem

Verkauf des lizenzierten Sets entgehen. Immerhin konnten wir aber viele Menschen über die Osprey und ihren offensiven – oft sogar völkerrechtswidrigen – Einsatz informieren. In jedem Fall sollte für unseren Verband ein Fazit der Kampagne sein, sich für „softe“/popkulturelle Themen offen zu zeigen, diese in Zukunft verstärkt zu suchen und anzugehen. Es gibt dabei viel für uns zu gewinnen!

Die Form der Lego-Kampagne – die Erstellung der Materialien (vor allem der Studie), die Pressearbeit und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit (die Websites samt Videotrailern) – kann dabei für zukünftige Kampagnen Vorbild sein. Die Internationalität ebenso. Das Osprey-Thema muss wiederum als klarer Einzelfall angesehen werden: Lego hat tatsächlich sehr offensichtliche Fehler – Verstöße gegen die eigenen Grundsätze – begangen. Dies war sehr einfach zu belegen und auch Laien zu erklären. So etwas „Klares“ bei anderen Unternehmen zu finden, ist nicht einfach. Beim Thema „Rüstungsexporte“ konnten wir in den vergangenen Jahren immerhin mehrfach klare Verstöße von Waffenherstellern gegen Exportverbote belegen – auch dabei war die Sachlage unumstößlich, es der Öffentlichkeit zu erklären hingegen schon schwerer. Popkulturelle Themen zu finden, bei denen militaristische Aspekte klar zu kritisieren sind, ist eine Herausforderung – danach zu suchen aber durchaus lohnenswert.

Die Kosten der Kampagne belaufen sich auf etwa 1000 Euro, wovon ein Großteil auf Druckkosten für die Studie, das Factsheet und weitere Materialien entfällt und sich der Rest auf Bastelmaterialien sowie Fahrtkosten verteilt. In der Abwägung zwischen Kosten und Ertrag in Form von medialer Aufmerksamkeit und dem Erreichen des politischen Ziels kann die Lego-Kampagne als sehr positiv gewertet werden. Auch von anderen Friedensgruppen gab es ungewöhnlich viele, sehr positive Rückmeldungen und Lob. Wir hatten zudem 34 Prozent mehr Aufrufe unserer Website. Die Zahl der Abonent*innen bei



Foto: Michael Schulze von Glaßer

DFG-VK-Aktion am 21. Juli vor dem Lego-Store in Hamburg

Twitter und Instagram stiegen durch die Kampagne. Weniger positiv fällt der zählbare Ertrag unserer Follower*innen-Zahlen bei Facebook aus: Hier haben wir zwar – wie bei Instagram und Twitter auch – hohe Interaktionsraten generiert (bspw. viele – aber leider viele negative – Kommentare), aber kaum neue Follower*innen hinzugewonnen. Auch die Zahl der Neueintritte war im Kampagnenzeitraum und den Wochen danach nicht auf einem erhöhten Niveau.

Insgesamt muss die Lego-Kampagne also differenziert betrachtet werden: Wir haben den größten Spielzeughersteller der Welt dazu bewogen, sein Militärset zu überdenken. Der dänische Spielzeughersteller hat unsere Forderungen mit dem Zurückziehen des Osprey-Sets sogar mehr als übertroffen. Doch ob er seinen Grundsatz, keine modernen Militärvehikel nachzubilden, auch in Zukunft beachten bzw. diesen Grundsatz ernster nehmen wird, muss sich erst noch beweisen. Einen so großen Konzern überhaupt bewegt zu haben, ist trotzdem erst mal sehr motivierend und durchaus ein Erfolg für unseren Verband. Den lizenzgebenden Rüstungskonzernen Boeing und Bell durch die abgesetzte Veröffentlichung des Osprey-Sets mutmaßlich einen Gewinnausfall beschert zu haben, ist ebenfalls posi-

tiv. Zudem konnten wir unser Wissen, Kampagnen aufzuziehen, anwenden und – wofür auch diese reflektierende Auswertung steht – weiter lernen, damit zukünftige Kampagnen hoffentlich noch besser klappen. Denn einige Sachen – die Petition, die Betreuung einiger unserer Social-Media-Auftritte (Facebook und Youtube), die interne Kommunikation und auch die (im Falle der Lego-Kampagne relativ schlechte) Aufteilung der Arbeit – sind durchaus noch verbesserungswürdig. Und auch unser grundsätzliches Vorgehen müssen wir zumindest kritisch reflektieren: Hätten wir bereits im Februar, als wir von dem Osprey-Set wussten, deutlich mehr Druck gemacht, hätten wir zwar vielleicht weniger Aufmerksamkeit für unseren Verband bekommen (weil es keine Kampagne gebraucht hätte), aber unsere Ziele – und auch den Rückzug des Sets – hätten wir vielleicht trotzdem erreicht. Aber mit weniger „Kollateralschaden“ – im Sinne enttäuschter Lego-Fans, die sich auf das Set gefreut haben. Auch wenn Aufmerksamkeit für unseren Verband gut ist, sollte immer das Erreichen der politischen Ziele im Vordergrund stehen: Das Suchen der Öffentlichkeit darf nur ein Mittel zum Zweck sein.

Michael Schulze von Glaßer ist politischer Geschäftsführer der DFG-VK. <<

Verbindung von Politik, Aktion und Freizeit

Friedens-Fahrradtour NRW unter Corona-Bedingungen

Von Joachim Schramm

Am 9. August kurz vor 10 Uhr erreichte die Friedensfahrradtour Nordrhein-Westfalen 2020 ihr Ziel: den Atomwaffenstützpunkt Büchel. Dort trafen wir auf christliche Friedensaktivisten, die mit einer Fastenaktion gegen die Atomwaffen protestierten. Mit einem Gottesdienst beendeten sie kurz nach unserer Ankunft das Fasten, und mit einer Schweigeminute kurz nach 11 Uhr gedachten wir gemeinsam der Opfer des Atombombenabwurfs auf Nagasaki vor 75 Jahren und erneuerten unsere Forderung nach Abzug der Atombomben aus Büchel.

Hinter uns lagen über 350 Radkilometer bei teilweise Temperaturen über 30 Grad Celsius. Gestartet waren wir eine Woche zuvor in Aachen, der Stadt im Dreiländereck zwischen den Niederlanden, Belgien und Deutschland, nur jeweils maximal 100 Kilometer entfernt von den Atomwaffenstützpunkten in allen drei Ländern.

Lange Zeit waren wir im Zweifel gewesen, ob wir die Tour trotz Corona durchführen könnten. Doch dann klärte sich die Situation so, dass politische Veranstaltungen wieder erlaubt waren und auch Übernachtungsmöglichkeiten wie Jugendherbergen und Campingplätze wieder zur Verfügung standen. Trotzdem beschränkten wir die Zahl der Teilnehmer*innen auf 20 und nahmen vorrangig Menschen mit, die schon Erfahrungen mit unserer Tour hatten. Auch ein Corona-Konzept wurde erarbeitet.

Neben der Beschäftigung mit den Atomwaffen, die im 75. Jahr nach Hiroshima und Nagasaki ja auf der Hand lag, setzten wir uns mit weiteren Militarisierungsthemen auseinander. In Nörvenich demonstrierten wir vor dem Eurofighter-Stützpunkt, von dem aus auch immer wieder Maschinen ins Baltikum verlegt werden, um dort

an den konfrontativen Flügen entlang der russischen Grenze teilzunehmen. Auch als Ausweichstützpunkt für die Atombomber aus Büchel steht Nörvenich zur Verfügung, inklusive der Bunker für die Atombomben. In Koblenz, dem Sitz des Bundeswehr-Beschaffungsamtes führten wir unser neu entwickeltes Aktions-Theater „Black Friday – alles muss raus“ auf, in dem eine Rüstungsproduzentin ihre Produkte anpreist zu Lasten wichtiger gesellschaftlicher Bedarfe wie Bildung, Gesundheit oder Klimaschutz.

Doch nicht nur um die klassischen Militärbereiche ging es auf der diesjährigen Friedensfahrradtour. In Euskirchen demonstrierten wir vor dem Zentrum für Cybersicherheit der Bundeswehr. Der Cyber- und Informationsraum ist ein neuer Bereich der Kriegsführung, der für Militärs immer wichtiger wird. Hier ist die Bundeswehr natürlich mit dabei. In Köln-Wahn fuhren wir beim Deutschen Zentrum für Luft und Raumfahrt (DLR) vorbei. Seit Trump im letzten Jahr den Weltraum zum neuen Bereich der Kriegsführung ausrief und Macron dies auch für die Europäer in Anspruch nahm, ist die geplante Bewaffnung des Weltraums eine weitere Bedrohung für uns alle. Das DLR kombiniert zivile und militärische Grundlagenforschung und hat mit der Bundeswehr, die gleich nebenan mit der Luftwaffe präsent ist, diverse Kooperationsabkommen geschlossen. Das Aufklärungssystem SAR Lupe oder auch Galileo, das europäische Gegenstück zu GPS, sind Projekte, an denen Deutschland führend beteiligt ist.

Die Aufklärung über diese Zusammenhänge passte offenbar nicht jedem ins Konzept. In Euskirchen wurden wir zum ersten Mal bei allen bisherigen Touren körperlich angegangen: Während meiner Rede flogen

plötzlich aus einem Versteck hinter einer Garage eine Tomate und eine Milchpackung. Die gut vertretene Polizei musste offenbar erst entscheiden, ob der Schutz der Kaserne oder unsere Unversehrtheit höher zu bewerten sei. Bis sie sich in Richtung Täter bewegte, war dieser längst verschwunden.

Interessant war auch wieder unser Abstecher in den Hambacher Wald, wo uns ein langjähriger Aktivist noch einmal die Hintergründe der Umweltzerstörung durch den Braunkohle-Tagebau vor Augen führte. Die in den Baumhäusern lebenden Aktivist*innen berichteten über ihre Beweggründe und ihren Alltag dort. Frieden und Klimaschutz gehören zu Sicherung unserer Zukunft zusammen, das wollten wir durch unseren Besuch noch einmal deutlich machen.

An vielen Orten wurde unsere Tour wieder durch lokale DFG-VK- und andere Friedensgruppen unterstützt. Es gab Kuchenbüffets und belegte Brötchen am Rande der Kundgebungen oder in den Mittagspausen, in Köln wurden wir zu einem richtigen Abendessen eingeladen. Toll war auch die Gastfreundschaft der Antifaschistin, die uns in Weilerwist in ihren Garten einlud und uns mit Kaffee und Kuchen bewirtete. Unterwegs erschwerte uns Corona den Kontakt mit den Menschen. Flyer verteilen ist ja nicht angesagt, und so sprachen nur unsere Fahnen und Schilder an den Fahrrädern für uns. Medienmäßig ragte der Beitrag der WDR-Lokalzeit heraus, die unsere Hiroshima-Performance vor dem Kölner Dom zu einem kurzen TV-Beitrag nutzte.

Nach der Fahrt durch die Ebene zwischen Aachen und Köln, einem Abstecher in die Höhen der Eifel und den Besuchen in den Großstädten Köln und Bonn ging es zum Ende der Tour

entlang an Rhein und Mosel, an Burgen und Weinbergen vorbei in Richtung Büchel. Angesichts der zunehmenden Hitze sagten wir eine Kundgebung in Cochem ab und legten lieber eine Badepause in der Mosel ein.

Politische Aktionen und Freizeit, beides spielt eine Rolle bei den Friedensfahrradtouren – im nächsten Jahr hoffentlich auch wieder mit mehr und neuen Teilnehmer*innen!

Fotos und Medienberichte sind abrufbar im Internet unter <https://nrw.dfg-vk.de/aktionen/friedensfahrrad-tour-nrw>

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen. <<



Kundgebung vor der Firma CAE, die Flugsimulatoren für Militärjets anbietet

Foto: Stefanie In'tveen

Hiroshima und Nagasaki mahnen

Fahrrad-Sternfahrt nach Bretten statt des 16. Pacemakers-Radmarathons

Von Roland Blach

Seit 2005 setzen sich die Pacemakers für die weltweite Abschaffung von Atomwaffen ein und sind Teil der internationalen Kampagne Ican mit rund 500 Partnern weltweit. 2017 erhielt Ican für seinen Einsatz den Friedensnobelpreis. Gemeinsam mit 122 Staaten hatte die Kampagne den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen entwickelt, der durch die Vereinten Nationen beschlossen wurde. 98 Städte in Deutschland, zu denen auch die beim Marathon beteiligten Städte Bretten, Mannheim und Kaiserslautern gehören, haben den Ican-Städteappell beschlossen und fordern die Bundesregierung auf, dem Verbotsvertrag beizutreten.

Für den 16. Pacemakers-Marathon am 1. August war schon – und noch – im März alles bestens vorbereitet. Einen Tag vor dem Lockdown waren alle 150 Plätze für die 338 Kilometer lange Strecke ausgebucht, der Run auf eine in dieser Form weltweit einmaligen Raddemo so groß wie nie zuvor.

Doch dann kam alles ganz anders. Woche für Woche wurden viele Veranstaltungen abgesagt oder verschoben. Erst nach und nach waren Demonstrationen und Begegnungen mit mehr als zwei bzw. fünf Personen wieder möglich. Was also tun, wenn 150 Rennradler über eine so lange Zeit von 15 Stunden durchs Land gelotst und in den verschiedenen Haltestationen gepflegt werden wollen? Wie kann die Infrastruktur mit Hygienestandards bereitgestellt werden, wenn es doch nur maximal 45 Minuten Pause gibt?

Lange wurde im Orgateam über die verschiedenen Möglichkeiten diskutiert. Schließlich kam das Aus von unerwarteter Stelle, durch einen Anruf des Brettener Oberbürgermeisters Wolff an mich persönlich. Die Stadt müsste sich in der bekannten Form aus der Unterstützung herausziehen. Doch im selben Telefonat wurde aus einer der Ersatzvarianten des Orgateams die Sternfahrt nach Bretten geboren. Herr Wolff stellte sofort einen

geeigneten Platz zur Verfügung. In vielen Gesprächen und Telefonaten wurden alle Vorbereitungen mit entsprechenden Hygienekonzepten sorgfältig abgestimmt.

Aus mehr als einem Dutzend Städten in fünf Bundesländern starteten etwas mehr als 100 Radelnde zur Anfahrt nach Bretten. In den für den Marathon vorgesehenen Verpflegungsstädten Neckargemünd, Mannheim, Kaiserslautern und Landau wurden die jeweils bis zu 15 Rennradsportlerinnen in toller Atmosphäre von (Ober)bürgermeistern und klaren Botschaften zum Atomwaffenverbot verabschiedet. So wird sich nun auch Landau auf den Weg zum Städteappell machen. Lorsch steht in den Startlöchern.

Während ein tolles Team sich um den Aufbau in Bretten kümmerte, waren bis zu 20 Radelnde pro Gruppe unterwegs in die Melanchthonstadt, locker, gelöst und gut sichtbar mit dem regenbogenfarbenen Bikewear der Pacemakers.

Ab 13 Uhr fand dann eine schöne zweistündige Kundgebung in familiärer Atmosphäre mit etwa 120 Personen statt, die von Bürgermeister Michael Nöltner begrüßt wurden. „Wir waren von Anfang an mit dabei, seit 2008 sind wir Start und Ziel des Pacemakers-Marathons, und ich freue mich, wenn Sie im nächsten Jahr wieder in Bretten sind“, erklärte Nöltner.

Während sich alle mit Essen und Trinken versorgten, konnten sie meine Begrüßung auf sich wirken lassen. „Die Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki mahnen uns, die katastrophalen humanitären Folgen von Atomwaffen zu erkennen und für eine Welt ohne Atomwaffen einzustehen! Heute bedrohen uns weltweit noch immer mehr als 13000 Nuklearwaffen! Die Atommächte planen, Milliardensummen in die Aufrüstung ihrer Arsenale zu investieren – alleine 2019 gaben sie 73 Milliarden US-Dollar für Atomwaffen aus. Auch in Deutschland sollen neue Trägerflugzeuge für die Atombomben in Büchel angeschafft werden. Damit würde die nukleare Teilhabe für die kommenden Jahrzehnte festgeschrieben. Wir fordern mit der Sternfahrt von der Bundesregierung, keine neuen Kampfflugzeuge für einen Atomwaffeneinsatz

zu beschaffen, Atomwaffen aufgrund der katastrophalen humanitären Folgen ihres Einsatzes zu ächten, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren“.

Die Präsidentin des baden-württembergischen Landtags, Muhterem Aras schickte als Schirmfrau ein Grußwort, das vom Landtagsabgeordneten, Rennradler und DFG-VK-Mitglied Hermino Katzenstein vorgetragen wurde. Pfarrer Dietrich Becker-Hinrichs aus Bretten erinnerte daran, dass Atomwaffen aus seiner Sicht zu keiner Zeit Schutz durch Abschreckung böten. Vielmehr sei die Welt mehrmals am Abgrund gestanden, weil technische Fehler fast zum Einsatz geführt hätten. Nur durch beherrschtes Handeln eines Einzelnen hätte einmal der Einsatz vermieden werden können. Mit einem Segen verabschiedete Becker-Hinrichs die Pacemakers auf ihren bis zu 200 Kilometer langen Wegen nach Hause, die über eine gemeinsame kurze Raddemo durch die Brettener Kernstadt führte. Sarah Neumann und Stefan Charisius untermalten die Veranstaltung mit eindrucksvoller Musik und Gesang.

Es war in jeder Hinsicht eine prägende Erfahrung mit klaren politischen Botschaften. Parallel wurden

Zeitungsanzeigen mit über 500 Unterstützenden in Taz und FAZ geschaltet, darunter 20 Mandatsträger inklusive OB Wolff aus Bretten und OB Onay aus Hannover. Etliche Medienberichte als Vorankündigungen, z.B. in Mannheimer Morgen und SWR sowie mindestens drei Nachberichte sorgten für eine weite Verbreitung. Die Sternfahrt war Teil vielfältiger Aktionen in Deutschland unter dem Motto „Hiroshima und Nagasaki mahnen – Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot jetzt!“

Es war mir eine große Freude und aller Anstrengung wert, die Pacemakers-Sternfahrt für die DFG-VK Baden-Württemberg koordinieren zu dürfen. Mit einem tollen Orgateam, einer außergewöhnlichen Kooperation mit der Stadt Bretten und den vielen Radliebhabern, die sich auf den Weg nach Bretten gemacht haben oder anderweitig an dem Tag für den Frieden in die Pedale getreten sind. Herzlichen Dank auch für Inspiration und gegenseitige Wertschätzung, aber auch kritische Stimmen. Wir haben „mehr als das Beste“ aus der Situation gemacht. Auf ein Neues 2021!

Roland Blach ist Geschäftsführer des baden-württembergischen DFG-VK-Landesverbands. <<



Beitritt zum Atomwaffenverbot!

Beispielhaftes Atombomben-Gedenken vor Ort in Herford

Von Bernd Oberschachtsiek

Laut erklingt ein Atomalarm aus der Lautsprecherbox. 20 Menschen sinken „sterbend“ auf den Boden und verharren dort, „tot“. Zum Lied „Hiroshima“ von Wish-full Thinking stehen sie nacheinander mit ihren Buchstaben auf und stellen sich in eine Reihe.

Vorübergehende Menschen bleiben stehen, und die Zuschauer*innen lesen weithin sichtbar die Forderungen der Aktivist*innen: „Atomwaffen abschaffen“. Zwei Teilnehmer halten das Transparent „Hiroshima und Nagasaki mahnen, Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot“.

Der Sprecher der DFG-VK-Gruppe Ostwestfalen-Lippe, Rolf Reinert, spricht über das Mikrofon ein paar aufklärende Worte und unterstreicht die Forderung, dass die Atomwaffen am Militärstandort Büchel abgezogen werden sollen und die Bundesregierung dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitreten soll.

Dieses „Die-In“ wurde auf vier Herforder Plätzen durchgeführt. Mit einer großen Akku-Lautsprecherbox auf einem Bollerwagen zogen die Teilnehmer*innen am 6. August, dem 75. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, durch die Innenstadt von Platz zu Platz und machten auf sich aufmerksam. Die Buchstaben im A3-Format – im fetten Rot auf weißem Grund, laminiert und daher immer wiederverwendbar – waren sehr

gut zu sehen. Leider durften wir keine Flyer verteilen und mussten wegen der Corona-Vorschriften die Abstände wahren.



Foto: DFG-VK/Civil

Unsere Bewertung der Aktionen: Die Außenwirkung auf die Zuschauer*innen war nicht so wie erwartet. Auf Grund der Hitze, mehr als 30 Grad, waren nur wenige Menschen in der Fußgängerzone unterwegs, nur auf dem zentralen Alten Markt war die Resonanz wie erhofft. In den zwei Herforder Zeitungen war neben den Vorkündigungen ein größerer Artikel mit Foto abgedruckt, aber auch in der Löhner Ausgabe der Neuen Westfälischen.

Die Innenwirkung dagegen war enorm. Für die Aktion wurde nur per E-Mail an einen Verteiler mit 140 Adressen aus unserem Netzwerk geworben und eine Telefonwerbung mit persönlicher Ansprache durchgeführt. Offensichtlich gab es ein großes Aktionsbedürfnis bei den 20 Friedensfreund*innen, die trotz großer Hitze und Ferienzeit erschienen und uns z.T. zum ersten Mal unterstützten. Wir stellten das Aktionsmaterial und die Aktionsform zur Verfügung, und zu unserer Überraschung nutzten mehr Menschen als erwartet unser Aktionsangebot.

Diese Form der Aktion werden wir sicher noch einmal wiederholen.

Bernd Oberschachtsiek ist aktiv in der (reaktivierten) DFG-VK-Gruppe Ostwestfalen-Lippe (siehe *ZivilCourage* Nr. 1/2020). <<



Trauer um Sven Sörensen

Am 19. Mai starb der langjährig im DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein aktive Sven Sörensen. In seinem Bericht zum Bundesausschuss Anfang Juli erinnerte der Landesverband an den Verstorbenen:

Die 50. Mahnwache fand am Drohnen- und Tornadostandort Jagel in strömendem Regen statt. Thema war die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Mali zur kolonialen Ausbeutung des Landes. Die 50. Mahnwache wurde nicht als



Jubiläum gefeiert, denn sie stand im Zeichen der Trauer um Sven Sörensen.

Sven Sörensen, der bei der ersten und den meisten späteren Mahnwachen zuverlässig dabei war, fehlte. Er wird nie wieder teilnehmen können, er war plötzlich und unerwartet vor einem Monat verstorben.

Bereits als junger Kriegsdienstverweigerer kam er vor über 30 Jahren zum Flensburger Kriegsdienstverweigerer-Treff und er arbeitete seitdem beständig mit. Er half vielen Verweigerern bei ihrem Anerkennungsverfahren, war bei Friedensdemonstrationen, Ostermärschen, Infoständen, Flugblattverteilungen und Plakatieraktionen regelmäßig dabei. Er war auch persönlich und privat ein guter Freund. Eine Freundin hatte ihn gleich beim ersten Kennenlernen bei der Mahnwache als „großen Bruder“ angenommen. Viele hatten persönliche Erinnerungen an Sven. Wir hinterließen am Ort seiner Aktionen eine Fotokollage und Blumen für Sven.



Den Deserteuren aller Kriege gewidmet

Stuttgarter Deserteur-Denkmal kommt (endlich) an zentralen Platz in der Innenstadt

Von Paul Russmann

Wie auch in einigen anderen Städten gibt es auch in Stuttgart ein Denkmal, das Deserteuren gewidmet ist. Noch steht es an der Peripherie der Stadt, doch der Umzug mitten hinein in die Innenstadt ist nun programmiert. Sobald die Dorotheenstraße und die Goerdelerstraße am Rande des zentralen Karlsplatzes umgebaut sind, soll das von dem Aulendorfer Künstler Nikolaus Kernbach geschaffene Denkmal zum Alten Waisenhaus umziehen. Dort, auf einem bisher als Parkplatz genutztem Geländestreifen, wird es dann an die Verfolgung und Ermordung von Deserteuren aller Kriege erinnern. Dafür und mit einer entsprechenden Hinweistafel ist es vor vielen Jahren geschaffen und am 30. August 2007 vor dem Theaterhaus Stuttgart auf dem Pragsattel aufgestellt und der Öffentlichkeit übergeben worden.

Das Denkmal besteht aus einem Granitquader, aus dem die Silhouette eines Mannes ausgesägt ist – der „Herausgetretene“ steht vor dem Quader. Der Künstler wollte damit symbolisieren, dass da jemand aus der Masse herausgetreten ist. Der Deserteur eben. Eigentlich sollte das Denkmal dort nur vorübergehend stehen. Die Initiative Deserteur-Denkmal für Stuttgart und Theaterhaus-Chef Werner Schretzmeier hatten die vorübergehende Aufstellung beschlossen, weil die damals von CDU-Oberbürgermeister Wolfgang Schuster geführte Stadtverwaltung sich mit einem Standort in der Innenstadt schwertat. Die Initiative wünschte sich schon damals einen Standort in der Dorotheenstraße, wo während des nationalsozialistischen Regimes die Gestapozentrale ihren Sitz hatte, oder in der Urbanstraße, wo 37 Deserteure zwischen 1939 und 1945 hingerichtet

worden waren. Zwei Anträge reichte die Deserteur-Initiative nach Auskunft des damaligen städtischen Pressesprechers Andreas Reith ein. Beide Male, zuletzt im April 2002, lehnte die Stadt die Aufstellung des Denkmals an den historischen Orten ab. Die Begründung: Es gebe bereits ein zentrales Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus am Stuttgarter Alten Schloss. „Man kann nicht für jede vom Krieg betroffene Personengruppe ein Denkmal errichten“, sagt Reith, „das würde ja auch das zentrale Mahnmal schwächen.“

2017 ist dann anlässlich der Haushaltsberatungen im Stuttgarter Rathaus auf Antrag der FDP, der Grünen, der SPD und der Fraktionsgemeinschaft SÖS/Linke-plus entschieden worden, dass man das Denkmal in die Innenstadt holen will. Die Verwaltung sollte einen entsprechenden Platz suchen und kam nach gründlicher Prüfung zur Überzeugung, dass der Standort beim Alten Waisenhaus geeignet sei. Die Überlegung, das Denkmal beim Eingang zur Erinnerungsstätte Hotel Silber zu platzieren, hatte sich zerschlagen, denn dort stehe ein Baum, dessen Wurzeln beim Aufstellen des Denkmals beschädigt werden könnten. Die Aufstellung im Innenbereich der ehemaligen Rotebühlkaserne oder bei der Stauffenberg-Gedenkstätte im Alten Schloss hatte das Land Baden-Württemberg geprüft und verworfen – und auch sonst keine geeignete landeseigene Fläche entdecken können. Auch nicht in der Goerdelerstraße, wo das Land wie die Stadt bisher Parkplätze hat.

Dem neuen Standort auf städtischem Grund stimmte nun der Verwaltungsausschuss des Gemeinderats zu – zuvor hatte schon

die Initiative Deserteur-Denkmal, in der sich einst 300 private Spender zusammengeschlossen hatten, und der Künstler Nikolaus Kernbach für diesen Standort ihr Einverständnis gegeben.

Nur die AfD stimmte dagegen. Denn: Wie solle man dann noch für die Erhaltung der Bundeswehr eintreten? Und wie sei dann noch der von einer rot-grünen Bundesregierung vertretene Kriegseinsatz auf dem Balkan zu rechtfertigen? Der Erste Bürgermeister Fabian Mayer (CDU) sagte hingegen: „Es geht ja um die Ermordung und Verfolgung von Deserteuren.“ Daran zu erinnern, gerade in der Nähe des Hotel Silber, sei ein berechtigtes Anliegen.

Paul Russmann war bis zu seiner Pensionierung Geschäftsführer von Ohne Rüstung Leben. Gemeinsam mit Stefan Philipp von der DFG-VK hatte er in den 90er Jahren die Initiative Deserteur-Denkmal für Stuttgart gegründet. <<



Foto: Stefan Philipp

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Es geht wieder mehr auf die Straßen! Zu den wichtigen Jahrestagen der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki gab es in vielen Städten Aktionen. Ebenso am Antikriegstag. Und auch unabhängig dieser festen Termine konnten in den letzten Monaten dank der sich entspannenden – aber noch immer ernsten – Coronapandemie wieder mehr friedenspolitische Aktionen und Veranstaltungen im öffentlichen Raum stattfinden.

Womit ich mich dabei vor allem im Juli beschäftigt habe, erfahrt ihr in der Titelgeschichte über die Lego-Kampagne in dieser *ZivilCourage*.



Foto: Michael Schulze von Glaßer

Nach der Kampagne ging es für mich erstmal in die organisatorische Arbeit: Anfang Oktober soll das nächste Wochenend-Treffen unserer jungen Mitglieder stattfinden – coronabedingt leider nur mit knapp 30 Personen (es gibt weit mehr Anmeldungen).

Die Pandemie ist für uns alle eine Herausforderung und birgt Unsicherheiten: Auch die Planung für den nächsten Bundeskongress, der vom 29. bis 31. Oktober 2021 in Halle an der Saale stattfinden wird (umfassendere Informationen folgen in den nächsten *ZivilCourage*-Ausgaben), läuft unter Vorbehalt an – ist die Pandemie dann schon überwunden? Gibt es einen Impfstoff? Wie sind die Rücktrittskonditionen der Jugendherberge in Halle, in der unser Bundeskongress

stattfinden soll? Und wie könnte – im absoluten Notfall – eine Alternative zu einem physischen Bundeskongress aussehen?

Das erste virtuelle Bundesausschuss-Treffen der DFG-VK-Geschichte hat Anfang Juli zumindest schonmal gut funktioniert – es wurden über 30 (Haushalts)Anträge diskutiert und Beschlüsse gefasst. Und am Ende sogar – endlich – der Haushalt für das aktuell laufende Jahr verabschiedet. Ob das kommende Bundesausschuss-Treffen im Oktober physisch stattfinden kann, wird sich bald zeigen. Zumindest für unseren Bundeskongress 2021 bin ich da aber sehr zuversichtlich. Dennoch werden bei der Planung möglichst alle Unsicherheiten mitbedacht.

Denn unsicher, so sind die aktuellen Zeiten leider – sowohl sozioökonomisch für viele Menschen als auch weltpolitisch in größeren Zusammenhängen. Ich spare mir hier jetzt eine Auflistung aktuell aufflammender Konflikte und schlechter Entwicklungen – davon bekommen wir alle wohl schon genug mit.

Vielmehr stellten wir im Kreis der Aktiven meiner lokalen DFG-VK-Gruppe in Kassel neulich fest, dass es zuletzt schon ein paar Erfolge für den Verband und die Friedensbewegung gab, und wir diese gar nicht genug würdigen. Daher hier einige kurze „good news“:

44 Staaten haben mittlerweile den 2017 gefassten UN-Atomwaffenverbotvertrag ratifiziert – bei 50 Ratifizierungen tritt er in Kraft, womit auch der Druck auf die Bundesregierung, den Vertrag endlich zu unterzeichnen, noch einmal enorm wachsen wird.

Der Waffenhersteller Sig Sauer schließt sein deutsches Werk in Eckernförde. Zudem ermittelt die

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.
Kontakt: svg@dfg-vk.de

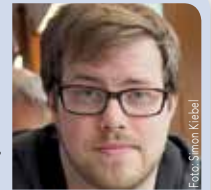


Foto: Simon Klabell

Staatsanwaltschaft Kiel (nach Anzeige unserer Aktiven) erneut wegen illegaler Waffenexporte durch das Unternehmen – das wird sehr eng für die Verantwortlichen werden!

Das Industrieunternehmen ZF Friedrichshafen möchte seine Spate zur Wartung von Bundeswehr-Hubschraubern verkaufen. Laut Medienberichten „soll die ZF Friedrichshafen AG ihre Verkaufspläne damit begründet haben, sich aus Imagegründen von der militärischen Sparte distanzieren zu wollen.“ Das ist doch mal eine schöne Begründung – hoffentlich folgen dem Beispiel weitere Unternehmen (und machen ihre Rüstungssparten dicht, statt sie nur verkaufen zu wollen).

Das waren jetzt nur einige gute Nachrichten der letzten Zeit. Es gäbe viele weitere. Ich wollte nur kurz zeigen: Auch wenn gerade vieles unsicher und schlecht ist, können wir immer wieder Erfolge erwirken. Die stehen vielleicht nicht auf die Titelseiten der Zeitungen und werden auch nicht in Nachrichtensendungen thematisiert, und dennoch sind sie wichtig und gut. Wir sollten uns (gelegentlich) die Zeit nehmen, uns an unseren Erfolgen zu erfreuen – und aus ihnen die Kraft zehren, weitere Erfolge zu erstreiten! <<

„Kein Werben fürs Sterben“

Die problematische Arbeit von JugendoffizierInnen und „KarriereberaterInnen“

Von Klaus Pfisterer

Seit 1958 arbeiten Jugendoffiziere der Bundeswehr in vielfältiger Weise an und mit den Schulen. Das ist eine zentrale, aber bei Weitem nicht ihre einzige Aufgabe. Die Jugendoffiziere arbeiten mit Kultusministerien, Schulbehörden und Landeszentralen für politische Bildung, in Hochschulen und Universitäten, mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Jugendorganisationen der Parteien, Institutionen, Organisationen und vielen weiteren Aus- und Weiterbildungseinrichtungen.

Kurzum: Sie sind in allen Bildungsbereichen präsent und versuchen, starken Einfluss auf die Jugendlichen zu nehmen.

Seit 2008 haben die jeweiligen Wehrbereichskommandos der Bundeswehr mit den acht Kultusministerien in Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Sachsen sogenannte Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet, die den Jugendoffizieren einen exklusiven Zugang zu den Schulen gewähren.

Die Aufgabe der Jugendoffiziere ist es, auf Einladung durch die Schulen den Auftrag der Bundeswehr sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands zu erläutern. Es ist ihnen bei diesen Auftritten ausdrücklich untersagt, Werbung für den Dienst in der Bundeswehr zu machen.

Dies geschieht jedoch indirekt durch ihr Auftreten in Uniform.

Die Jugendoffiziere beschreiben ihre Aufgabe so: „Die Jugendoffiziere sind mit ihrem Informationsangebot im weitesten Sinne in der politischen Bildung tätig. Sie nehmen Stellung zu militärischen und sicherheitspolitischen Grundfragen im Sinne der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, verdeutlichen hauptsächlich der jungen Generation die Grundlagen des (seit 1. Juli 2011 freiwilligen) Wehrdienstes. Dies geschieht in Form von Gesprächen, Seminaren, Vorträgen und Podiumsdiskussionen.“

Weitere Themenbereiche, die sie anbieten, sind nach ihrer Eigendarstellung u.a.: Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland; die Einbindung Deutschlands in EU, Nato, OSZE und Vereinte Nationen; der deutsche Beitrag zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie zur Landes- und Bündnisverteidigung; Sachstand, Perspektiven und Herausforderungen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr; die laufenden Strukturanpassungen der Streitkräfte sowie der Alltag in der Truppe; in einigen Bundesländern sind die Jugendoffiziere in die Abiturvorbereitung einbezogen.

Das Angebot der Jugendoffiziere richtet sich an die Zielgruppen der Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie an Multiplikatoren, vor allem Lehrerinnen und Lehrer. Den Referendarinnen und Referendaren wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet – sie sind die Lehrerinnen und Lehrer von morgen. So gut wie keine/r kann auf praktische Erfahrungen mit der Bundeswehr aus eigener Dienstzeit als Soldat oder Soldatin zurückgreifen. Der Jugendoffizier ist der erste Kontakt mit der Bundeswehr.

Im Jahr 2019 erreichten die Jugendoffiziere in 5671 Veranstaltungen insgesamt 150132 Teilnehmende, 114317 Schüler*innen und Studierende sowie 35815 Multiplikatoren. Auf diesem Niveau bewegen sich die Zahlen seit vielen Jahren. 1987 waren es noch rund 426000 Schülerinnen und Schüler.

Die sechs häufigsten Veranstaltungsformate sind:

1. Vortrag: 3461 Veranstaltungen erreichten 95052 Personen. Davon waren 83320 Schülerinnen und Schüler (aus Gymnasien, Realschulen und Berufsschulen) sowie Studierende.
2. Mit 928 Informationsveranstaltungen wurden 3095 Personen erreicht. Dieses Angebot richtet sich vor allem an die Zielgruppe Multiplikatoren (2762 Personen, davon 1275 Lehrerinnen und Lehrer), 333 Personen waren Schülerinnen und Schüler sowie Studierende
3. Bei 799 Seminaren wurden 28152 Personen erreicht. Davon waren 22534 Schülerinnen und Schüler sowie Studierende. Die Gymnasien stellten mit 13328 Teilnehmenden die stärkste Gruppe. 206 „POL&IS“-Seminare, 3-Tage-Strategiespiel „Politik und internationale Sicherheit“ unter Anleitung von 3 Jugendoffizieren, erreichten 8024 Teilnehmende. Das neue Ein-Tages-Planspiel fand hingegen kaum Nachfrage. Zahlreiche ein- bzw. mehrtägige Seminare wurden mit Zentren für schulpraktische Lehrerbildung bzw. staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung durchgeführt. Dabei sollen vor allem Kontakte zu angehenden Lehrenden geknüpft werden.
4. 246 Großveranstaltungen erreichten 15357 Personen, zumeist Multiplikatoren (13277). Einen hohen Stellenwert hat die Bildungsmesse „didacta“, die im jährlichen Wechsel zwischen



Foto: DFG-VK Baden-Württemberg

Hannover, Köln und Stuttgart stattfindet. Hier versuchen die Jugendoffiziere, Kontakte zu Referendarinnen und Referendaren sowie anderen Lehrenden zu knüpfen, um später in die Schulen eingeladen zu werden.

5. Bei 181 Besuchen bei der Truppe wurden 6 124 Teilnehmende erreicht. Den größten Anteil hatten die Real-schüler*innen mit 2 503 Personen. Beim „Tag der Schulen“ werden mehrere Schulklassen mit Bundeswehribussen in die Kasernen gebracht.

6. Bei 56 Podiumsdiskussionen wurden 2 352 Teilnehmende gezählt.

Themenfelder. Die „Sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken im 21. Jahrhundert“ sowie „Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr“ sind die beiden übergeordneten Themen, die bei den Vorträgen und Seminaren angeboten werden. Die Jugendoffiziere erweitern ihre Expertise auf Bereiche der Außenpolitik. Für die Schülerinnen und Schüler ist die Bundeswehr eine Armee im Einsatz – und zwar im Auslandseinsatz. Der Auftrag der Landesverteidigung sei weitestgehend unbekannt. Das sicherheitspolitische Grundwissen der Teilnehmenden war mehrheitlich gering.

Diese Aussagen ziehen sich seit Jahren durch die Berichte der Jugendoffiziere.

Karriereberaterinnen und -berater.

Bei der Bundeswehr gibt es rund 400 Karriereberaterinnen und Karriereberater (früher: Wehrdienstberater). Sie arbeiten in Schulen, Ausstellungen, Berufs- und Bildungsmessen, in Jobcentern, in bundeswehreigenen Karriereberaterbüros. Während die Jugendoffiziere den Landeskommandos angehören, sind die Karriereberater in 16 Karrierecentern bundesweit beheimatet.

Bundesweit gibt es ca. 110 Karriereberaterbüros, die flächendeckend im gesamten Bundesgebiet zu finden sind. Karriereberater werben für den Dienst in der Bundeswehr. Sie kommen auf Einladung in Schulen, vor allem in Berufsschulen, Haupt- und Real-

schulen, um über die Berufsmöglichkeiten bei der Bundeswehr zu informieren und Werbung für den Dienst in der Armee zu machen. Jugendoffiziere spielen oft den „Türöffner“ für den Karriereberater, da sie mit ihrem „seriösen und smarten“ Auftreten im Unterricht quasi als „Sympathieträger“ erscheinen.

Die Karriereberater*innen erreichen jährlich rund 350 000 Jugendliche und ca. 22 500 Lehrer/Multiplikatoren, vor allem bei Vorträgen in Schulen oder bei Berufs-Ausstellungen und -Messen. Insbesondere bei Ausstellungen und Messen sind die Jugendlichen dem Werben der Karriereberater*innen ausgesetzt, was bei zahlreichen Minderjährigen dazu führt, dass sie sich für den Dienst in den Streitkräften entscheiden.

Die Personalkosten der Karriereberater*innen belaufen sich auf jährlich rund 27 Millionen Euro.

Fazit. Der Bericht der Jugendoffiziere ist mit Zahlen und Einzelbeispielen gespickt, die die Erfolge belegen sollen. Allerdings stagnieren die Zahlen seit vielen Jahren auf dem gleichen Niveau. Erfolge sehen anders aus. Aber: Jede Jugendliche und jeder Jugendliche, der mit den Angeboten erreicht wird, ist eine/r zuviel.

Die Jugendoffiziere sind an 61 Standorten vertreten, die Orientierung liegt auf Ballungsräumen. Die Personalkosten der Jugendoffiziere liegen bei rund 5 Millionen Euro jährlich. Daneben gibt es noch zahlreiche nebenamtliche Jugendoffiziere und Jugendunteroffiziere, die vornehmlich die Besuche bei der Truppe organisieren.

Seit 2014 gelingt es der Bundeswehr nicht mehr, alle 94 Dienstposten zu besetzen, 2019 waren durch Vakanzen bis zu 21 Posten unbesetzt, obwohl die Tätigkeit mit zahlreichen Vergünstigungen gekoppelt ist. Es ist zu vermuten, dass sich das mühsame Arbeiten mit den Jugendlichen herumgesprochen hat und dass die ganz großen Erfolge eben ausbleiben.

Die Kooperationsvereinbarungen mit den acht Bundesländern eröffnen

den Jugendoffizieren einen privilegierten Zugang zu den Schulen. Friedensorganisationen haben diese Möglichkeiten nicht und können und wollen auch nicht mithalten. Ihnen fehlen die personellen, finanziellen und materiellen Mittel. Das Ziel der verschiedenen landesweiten Friedensbündnisse bleibt die Kündigung der Kooperationsvereinbarungen.

Wichtiger ist allerdings, die Arbeit der Karriereberater*innen genau im Blick zu haben. Sie werben aktiv bei den Jugendlichen für den Dienst an der Waffe – gerade bei Minderjährigen. Ihre Arbeit ist durch keine Kooperationsvereinbarung erfasst und dadurch jeder Kontrolle entzogen. Zusammen mit der aggressiven Bundeswehrwerbung, für die jährlich rund 30 Millionen Euro ausgegeben werden und die Jugendliche bereits ab 14 Jahren ins Visier nimmt, soll der benötigte Nachwuchs angeworben werden. Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere, sondern bildet zum Töten aus. Dies muss jedem klar sein. Hier liegt es vor allem in der Verantwortung der Eltern, genau hinzuschauen und diesem Treiben in den Schulen Einhalt zu gebieten.

Die Schülerinnen und Schüler benötigen eine Friedensbildung, bei der die Sicherheitslogik von einer Friedenslogik abgelöst wird. In Baden-Württemberg wurde mit der Einrichtung der „Servicestelle Friedensbildung“ zum 1. August 2015 ein erster Schritt unternommen. Andere Bundesländer sollten hier folgen.

Die Auseinandersetzung um die besten Inhalte muss in den Schulen geführt werden. Dafür sind die Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet. Jugendoffiziere und Karriereberater*innen werden nicht benötigt.

Klaus Pfisterer ist seit Jahrzehnten in der DFG-VK aktiv und Mitglied im baden-württembergischen Landesvorstand. Er kümmert sich seit Langem um das Thema „Schule ohne Bundeswehr“. Bis zu seiner Pensionierung im vorletzten Jahr war er Lehrer.



Beitrag zu demokratischer Erinnerungskultur

Das Gegen-Kunstwerk zum Denkmal für Hitlers Lieblings-General Erwin Rommel

Von Wolfram Wette

An Rommel scheiden sich die Geister. Sein Bleiben oder sein Verschwinden als Kasernenpatron der Bundeswehr wird zeigen, wie ernst es ihr mit der Korrektur der Traditionspraxis ist. Rommel ist der Testfall.“ Dieses Diktum stammt von dem Schriftsteller und Publizisten Ralph Giordano (1923-2014). Geschrieben wurde es bereits vor 20 Jahren mit dem Blick auf das Militär – und nicht auf die Zivilgesellschaft, in der nicht unbedingt dieselbe Sichtweise vorherrschen muss. Bis heute, zwei Jahrzehnte später, geht die Traditionsdebatte weiter. Nach wie vor gibt es Rommel-Kasernen, Rommel-Straßen, Rommel-Denkmal, auch das in Heidenheim aus dem Jahre 1961.



Foto: Birgit Baumann/Stadt Heidenheim

den. Schon Norbert Blüm kannte den Zusammenhang von Krieg und Judenmorden. Er formulierte den schlichten Satz: „Das KZ stand schließlich nur so lange, wie die Front hielt.“

Die Wehrmacht-Ikone Rommel sei – so Giordano – aus diesem Kontext nicht herauszulösen. Daher taue dieser Wehrmachtgeneral auch nicht als traditionsstiftend für die Bundeswehr. Er könne kein Leitbild für Soldaten von heute sein, habe er doch einem verbrecherischen Regime gedient.

Ich möchte im Folgenden den Blick auf drei Phasen der Rezeptionsgeschichte des Kriegshelden Rommel werfen. Die erste betrifft die Kriegszeit, die zweite die Nachkriegszeit, und die dritte Phase begann um 1990 herum, als die Legende von der „sauberen“ Wehrmacht zerstört wurde.

Erste Phase: Die Entstehung des „Mythos Rommel“. Der Rommel-Mythos entstand zur Zeit des Nordafrikakrieges 1941-1943. Was hatte die Wehrmacht in Nordafrika zu suchen?

Sie führte dort einen imperialistischen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Die Entsendung deutscher Truppen, unter dem Namen „Afrika-Korps“ bekannt geworden, stand im Jahre 1941 eigentlich nicht auf dem strategischen Fahrplan Hitlers, weil die Wehrmachtführung zu dieser Zeit den Überfall auf die Sowjetunion plante. In Nordafrika eröffnete die deutsche Führung einen Nebenkriegsschauplatz zur Unterstützung des Achsenpartners Italien unter Mussolini, der einen Krieg um Kolonialbesitz in Afrika gegen die Briten führte. Deutsche strategische Planungen gingen über Ägypten hinaus Richtung Suez-Kanal, nach Palästina, zu den Ölquellen des Nahen Ostens, ja bis nach Afghanistan und Indien.

Unter der Führung des risikofreudigen Panzergenerals Rommel eilten die deutschen und italienischen Streitkräfte im Jahre 1942 zu überraschenden Siegen. Aber es waren nur temporäre Erfolge. Am Ende stand im Mai 1943 die Kapitulation der deutschen und der italienischen Streitkräfte.

Die Siege Rommels bildeten den Stoff, aus dem der Nazi-Propagandaminister Goebbels den Befehlshaber des Afrikakorps als großen deutschen Kriegshelden inszenierte: Als einen unerschrockenen und draufgängerischen Haudegen, als einen ungewöhnlich mutigen Soldaten, der seine Truppen „vorne“ führte, als einen listenreichen Strategen, in der Summe als „idealen Soldaten“. Zugleich präsentierte er ihn – durchaus wahrheitsgetreu – als einen begeisterten Anhänger Hitlers, der seinen „Führer“ bewunderte, ja liebte. So verkörperte Rommel für das deutsche Publikum wie kein anderer Wehrmachtgeneral den Gleichklang von Wehrmacht und NS-Regime. Rommel wurde zum Star des Nordafrikakrieges gemacht, und dies keineswegs gegen seinen Willen, sondern unter seiner tatkräftigen Mit Hilfe.

Auf diese Weise avancierte Rommel im Jahre 1942 in Deutschland zum wohl bekanntesten deutschen Soldaten seiner Zeit. Hinzu kam ein weiteres, auf den ersten Blick merkwürdiges Phänomen: Am Mythos Rommel arbeiteten damals auch die Propagandisten der britischen Kriegsgegner, indem sie ihrerseits die operativen Fähigkeiten des deutschen Feldmarschalls priesen. Das geschah mit dem durchschaubaren Ziel, den britischen Gesamtsieg über die Deutschen und die Italiener in Nordafrika hernach als umso großartiger zu feiern. So kam es, dass Rommel infolge der britischen und amerikanischen Propagan-

Giordano, selbst ein Überlebender des Holocaust, versuchte seinem Publikum stets eine Grundeinsicht zu vermitteln, die häufig übersehen oder verdrängt wird. Sie lautet: Nicht die Ermordung der europäischen Juden war das Hauptverbrechen Deutschlands, sondern vielmehr der „Krieg der Waffen“: „Die militärische Aggression auf Europa, auf die Welt, auf die Menschheit – der Krieg: Er war das Hauptverbrechen des Nationalsozialismus.“ Es kostete etwa 70 Millionen Menschenleben, auch das der europäischen Ju-

Wolfram Wette beim Vortrag in Heidenheim im Juli

da in der internationalen Öffentlichkeit zum zweitbekanntesten Deutschen – direkt nach Hitler – aufstieg.

Der Krieg in Nordafrika war un-
gemein verlustreich. Mein Freiburger
Kollege Gerhard Schreiber bilanziert:
Die Alliierten verloren rund 220 000
Menschen (Tote und Kriegsgefange-
ne), und die Achsenmächte hatten
620 000 Verluste. Nicht mitgerech-
net sind dabei die getöteten Bewoh-
ner der nordafrikanischen Länder Tu-
nesien, Libyen und Ägypten, von den
Kriegsparteien offenbar als bedauer-
liche „Kollateralschäden“ betrachtet.
Angesichts der riesigen Menschen-
verluste nimmt es nicht Wunder, dass
schon die Zeitgenossen den Krieg
in Nordafrika mit der ebenfalls sehr
verlustreichen Stalingrader Schlacht
verglichen. Sie sprachen von einem
„zweiten Stalingrad“ beziehungswei-
se von „Tunisgrad“.

**Zweite Phase: Rommel und die
Legende von der „sauberen
Wehrmacht“.** Nach dem Ende des
Zweiten Weltkrieges gingen Generäle
der Wehrmacht gezielt daran, die
Legende von der angeblich „sauber“
gebliebenen Wehrmacht in die Welt
zu setzen. Die Wehrmacht habe, be-
haupteten sie, einen rein militärischen,
dazu völkerrechtskonformen Krieg ge-
führt und sei an Kriegs- und NS-Ver-
brechen nicht beteiligt gewesen.

Konstruiert wurde dieses Bild be-
reits im November 1945 von einer
Gruppe hochrangiger Ex-Wehrmacht-
generäle. Zu ihnen gehörte auch der
General Siegfried Westphal, der spä-
ter als einer der Initiatoren des Rom-
mel-Ehrenmals in Heidenheim von
1961 agieren sollte. Während des Af-
rika-Feldzuges war Westphal der
engste Vertraute Rommels gewesen.
Die von besagten Wehrmachtgene-
ralen verfasste Denkschrift beschö-
nigte und verharmloste die Rolle der
Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg.
Sie sollte für Jahrzehnte das Bild der
Wehrmacht in der Öffentlichkeit prä-
gen. Es ist – pointiert – gesagt wor-
den, die Wehrmacht habe 1945 zwar
den Krieg verloren, aber den sich an-

schließenden Kampf um das Bild der
Wehrmacht in der Öffentlichkeit habe
sie gewonnen.

Der prominente Name Rommel
wurde jetzt als „Gesicht“ des ange-
blich „sauberen“ Krieges der Wehr-
macht präsentiert. Es ist interessant
zu beobachten, wie die Behauptung,
Rommel habe irgendetwas mit dem
Widerstand des 20. Juli 1944 zu tun
gehabt, nach und nach in die Legende
von der „sauberen“ Wehrmacht ein-
gebaut wurde. Besonders sein vor-
maliger Stabschef, der spätere Nato-
General Hans Speidel, rückte ihn in
die Nähe des Widerstandes. Diese
Indienstnahme des angeblich wider-
ständigen Rommel stieß besonders
nach dem von Fritz Bauer geführten
Remer-Prozess von 1952 auf wach-
sende Zustimmung. Generalstaats-
anwalt Bauer argumentierte damals –
unter anderem mit dem Blick auf ehe-
malige Wehrmachtsoldaten –, dass
die Widerständler eben keine Verräter
und Eidbrecher gewesen seien, son-
dern dass es legitim und moralisch
geboten war, gegen den Diktator und
den NS-Unrechtsstaat gewaltsam
vorzugehen.

Die alliierten Siegermächte vermie-
den es, die erneute Instrumentalisie-
rung Rommels für die Wehrmachtle-
gende zu unterbinden. Stattdessen
trieben die Briten und die Amerikaner
ihre Rommel-Verehrung in Biographi-
en und populären Kinofilmen zu erneu-
ter Blüte. Der Zweck blieb der gleiche
wie zuvor: Der britisch-amerikanische
Sieg über den legendären Panzerge-
neral Rommel, den „Wüstenfuchs“,
sollte den Sieg der alliierten Streitkräf-
te in Nordafrika in einem umso helle-
ren Lichte erstrahlen lassen.

Diese zweite Phase der Heroisie-
rung von Rommel fiel nicht zufällig in
die Zeit der Wiederbewaffnung West-
deutschlands und der Integration
der westdeutschen Streitkräfte in die
Nato. Diese Entwicklung bildete auch
den historisch-politischen Kontext
für die Einweihung des Heidenheimer
Rommel-Ehrenmals im Jahre 1961. Es
zog eine direkte und vollständig unkri-
tische Kontinuitätslinie zur NS-Zeit.

**Dritte Phase: Abschied von der
Wehrmacht-Legende und von
Rommel.** Nun vollzog sich – in meh-
reren Etappen – die Destruktion der
Wehrmacht-Legende durch die mili-
tärhistorische Forschung. Ende
der 1960er Jahre erschienen die ers-
ten kritischen Forschungsarbeiten von
Historikern des Militärgeschichtlichen
Forschungsamtes.

Den Höhepunkt der öffentlichen
Aufklärung bildeten die beiden Wehr-
macht-Ausstellungen, die in den Jah-
ren 1995 bis 2004 große Beachtung
fanden. Man zählte mehr als eine Mil-
lion Besucher. Allgemein kann man
sagen: Je tiefer die historische For-
schung in die Geschichte der Wehr-
macht eindrang, desto deutlicher wur-
de, dass diese nicht nur völkerrechts-
widrige Kriege geführt hatte, sondern
auch an vielen Verbrechen beteiligt
war, eingeschlossen den Mord an den
europäischen Juden.

Rommel, ein wichtiger Akteur in
den Kriegen Nazi-Deutschlands, war
nun in diesen Kontext einzuordnen,
obwohl er während seines Einsatzes
in Nordafrika nichts mit der systema-
tischen Ermordung von Juden zu tun
hatte. Während dieses Feldzuges wur-
den allerdings andere Formen der Ju-
denverfolgung praktiziert, etwa der
Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter zum
Stellungsbau.

Die dritte Phase war also von der
historisch-kritischen Aufklärung ge-
prägt. Jetzt verloren die Rommel-Ver-
ehrer weiter an gesellschaftlicher Ak-
zeptanz. Der Einfluss der Afrika-Ver-
eteranen nahm ab. Im lokalen Bereich
der Zivilgesellschaft wurden die kri-
tischen Stimmen lauter, auch in Hei-
denheim.

Seit den 1990er Jahren verab-
schiedete sich die zivile deutsche Ge-
sellschaft von der Geschichtspolitik
der Nachkriegszeit, die man mit dem
unglücklichen Begriff „Vergangen-
heitsbewältigung“ belegt hatte. Statt-
dessen entwickelte sich jetzt Schritt
für Schritt eine demokratische Erinne-
rungskultur, in der für die Heroisie-
rung von Krieg und Militär kein Platz mehr
war und ist. Manche Wissenschaft-

ler bezeichnen die neue Orientierung als „postheroisch“. Für die gegenwärtig agierenden Generationen gibt die demokratische Erinnerungskultur den Orientierungsrahmen vor, der auch die Maßstäbe zur Bewertung Rommels bereitstellt.

Über Minenkrieg und Minenopfer.

Die von dem Künstler Rainer Jooß geschaffene Skulptur des Minenopfers, die heute der Stadt übergeben wird, bietet den Anlass, etwas über den damaligen Minenkrieg und seine Spätfolgen auszuführen. Der nordafrikanische Wüstenkrieg war geprägt vom massenhaften Einsatz von Panzern und Minen als Kriegswaffen, und zwar durch beide Kriegsparteien. Panzer- und Personenminen dienten dazu, die Beweglichkeit der schnell vordringenden Panzerverbände einzuschränken und sich dadurch militärische Vorteile zu verschaffen. Wie viele Menschenopfer der Minenkrieg kostete, ist nicht ermittelbar, weil Minenopfer in den Statistiken der Kriegsverluste nicht speziell ausgewiesen sind. Wer waren die Opfer des Minenkrieges? In erster Linie die Soldaten der Kriegsparteien.

Es ist erhellend, ihre Herkunft einmal im Einzelnen aufzuführen, damit wir den multinationalen Charakter dieses Wüstenkrieges besser verstehen können. Beteiligt waren Briten, Südafrikaner, Inder, Australier, Neuseeländer, Araber, Tscherkessen, Juden, Franzosen, Männer aus den afrikanischen Kolonien Frankreichs, Amerikaner, Italiener, libysche Soldaten unter italienischem Kommando und natürlich auch Deutsche. Darüber hinaus war die einheimische arabische Zivilbevölkerung vom Minenkrieg betroffen, also Tunesier, Libyer und Ägypter. Niemand hatte sie gefragt, ob sie bereit seien, den Aggressoren ihre Länder als Schlachtfelder zur Verfügung zu stellen. In Nordafrika spiegelte sich also in hohem Maße die internationale Dimension des von Deutschland entfesselten Weltkrieges wider.

Die Kriegsparteien verlegten Minen in der Regel planvoll, um sie nach einer Schlacht wieder gezielt räumen

und ihrem nächsten Einsatz zuführen zu können. Unter Zeitdruck, zum Beispiel in Erwartung eines feindlichen Angriffs, kümmerten sich die Pioniere jedoch nicht mehr um irgendwelche Minenverlegungspläne, sondern warfen die Minen einfach von ihren Lastkraftwagen aus in die Wüste ab, wo sie dann, vom Sand bedeckt, später nicht mehr auffindbar waren. Bis heute werden Minen gelegentlich vom Wind freigeweht oder vom Regen freigespült und glitzern in der Sonne. Sie wecken das Interesse nomadisierender Hirten – Männer, Frauen, Kinder –, die ihre Neugierde nicht selten mit ihrem Leben oder einer Verstümmelung bezahlen müssen. „Etwa 3300 Menschen haben laut ägyptischen Angaben durch die explosiven Hinterlassenschaften ihr Leben verloren, seit man in den Achtzigerjahren anfang, Statistiken zu führen, 7500 wurden verstümmelt.“ Alleine in Ägypten! Dem Land fehlt es an Mitteln, die Gebiete komplett zu entminen.

Die Skulptur „Minenopfer“ kann den Anstoß für eine Fülle weiterer Fragen und Nachforschungen geben. Zum Beispiel: Warum ist es so schwierig, verlässliche Informationen über die Anzahl der Minentoten des Nordafrikakrieges zu erhalten? Gibt es Berichte über eingesetzte, aber nicht wieder geräumte Minen? Was wissen wir über die Opfer des Minenkrieges in den nordafrikanischen Ländern unter der einheimischen Bevölkerung, einerseits während des Zweiten Weltkrieges, andererseits in den Jahrzehnten danach? Und weiter: Welche Beachtung hat der Minenkrieg in den kriegsgeschichtlichen Darstellungen der beteiligten Länder gefunden? Wie schrieben die deutschen, italienischen und britischen Militärhistoriker über die arabischen Bewohner Nordafrikas? Wurden nach dem Kriege Verträge über die Entschädigung der einheimischen Opfer sowie über die Frage der Kosten für eine systematische Minenräumung geschlossen? Gab es irgendeine Art der Wiedergutmachung?

Die fortwährende Bedrohung vieler Menschen weltweit durch Minen

bis in unsere Gegenwart hinein führte in den 1990er Jahren zu einer großen internationalen, zivilgesellschaftlichen Kampagne. Ihr Ziel lautete, die Produktion und den Einsatz von Antipersonenminen generell zu ächten und verbieten. Das Engagement führte zum Erfolg. Im Dezember 1997 wurde im kanadischen Ottawa der Antipersonenminen-Verbotsvertrag unterzeichnet, dem sich in der Folgezeit mehr als 160 Staaten anschlossen, etliche Supermächte jedoch nicht. Die „Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen“ (ICBL) wurde noch im gleichen Jahr 1997 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Seit 1999 ist der Vertrag bindendes internationales Recht.

Im Zuge seiner America-First-Politik holte Präsident Donald Trump, der Freund und Beschützer der amerikanischen Rüstungsindustrie und der National Rifle Association (NRA), im Januar 2020 zum Gegenschlag aus: Er hob das von seinem Vorgänger Barack Obama erlassene Verbot von Antipersonenminen auf und erlaubte es den amerikanischen Streitkräften wieder, diese Waffe weltweit einzusetzen. Das ist die aktuelle Lage. Sie mahnt uns einmal mehr, Rommels virtuellen Feldherrnhügel zu verlassen und uns mit den Opfern kriegerischer Gewalt zu beschäftigen, besonders mit den Minenopfern.

Unsere Zivilgesellschaft und unsere demokratische Erinnerungskultur benötigen keine „Wüstenfuchse“ als Vorbilder, sondern Menschen mit einer humanen und friedfertigen Orientierung.

Der Schatten des Gedenkmals.

Im militärischen und militärnahen Milieu – Bundeswehr, Reservisten, Veteranenverbände – gibt es noch immer Traditionalisten, die dem Vorbild Wehrmacht nachtrauern. Sie haben ein Interesse daran, den Vorzeigesoldaten und „Säulenheiligen“ Rommel als traditionswürdigen Kriegshandwerker zu erhalten.

Aber das Umdenken ist nicht aufzuhalten. Die meisten Namen von Wehr-

machtgeneralen, die in den 1960er Jahren unter dem Schutz der Legende von der „sauberen“ Wehrmacht zu Namensgebern von Bundeswehrliegenschaften auserkoren wurden, sind inzwischen getilgt. Die verbliebenen zwei Rommel-Kasernen werden sich nicht halten lassen, seitdem deutlich geworden ist, dass Rommel nicht zum Widerstand des 20. Juli 1944 gehörte.

Der neueste Traditionserlass der Bundeswehr von 2018 sagt zur Frage der Traditionswürdigkeit unmissverständlich: „Militärische Exzellenz allein genügt [...] nicht.“ Würdig kann nur eine herausragende Tat für Recht und Freiheit sein, zum Beispiel im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Das hat Rommel nicht zu bieten.

Er gehörte einer anderen Welt an. Der Münchener Historiker Ludolf Herbst charakterisierte diese im Jahre 1996 folgendermaßen: „Der Nationalsozialismus kam aus dem Krieg, fand im Krieg seine eigentliche Bestimmung und ging im Krieg schließlich unter.“ Der geschichtspolitische Ort, an dem wir heute stehen, lässt sich auch an einer bedeutsamen Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 15. Mai 1997 ablesen. Unsere Volksvertreter bekannten: „Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.“

Wenn wir leichthin von Hitlers Lieblingsgeneral sprechen, muss uns immer vor Augen stehen: Hitler war nicht irgendein Staatsmann und Oberbefehlshaber, sondern der Hauptakteur dieses Geschehens. Er war der „Jahrtausendverbrecher“. So nannte ihn Heribert Prantl vor kurzem in der Süddeutschen Zeitung, um den neuen Relativierern, den „Vogelschiss“-Verharmlosern, entgegenzutreten – übrigens ganz im Sinne des eingangs zitierten Schriftstellers Ralph Giordano, der den 7Krieg der Waffen als das Hauptverbrechen des Nationalsozialismus bezeichnete.

Die Welt des Berufssoldaten Rommel war – um eine Formulierung seines Biographen Ralf Georg Reuth

aufzugreifen – die der „Schlachtfelder und Kasernenhöfe, die er nie verlassen hatte“. In den 1920er Jahren beteiligte er sich am Aufbau der illegalen, republikfeindlichen „Schwarzen Reichswehr“. Im Widerstand hat sich Rommel nicht engagiert. Er war Mitwisser – von was genau, ist nicht zu ermitteln –, und er hat zumindest niemanden denunziert. Es ehrt ihn, dass er kein Denunziant war. Aber zum Widerstand gehörte er nicht.

Damit wir uns richtig verstehen: Rommel wird den Status einer markanten Persönlichkeit der Zeitgeschichte auch zukünftig behalten. Aber die Bewertung seines Handelns hat sich im Laufe der Jahrzehnte grundlegend geändert und wird sich noch weiter ändern. Was wir heute hier verhandeln, ist auch nur eine Etappe in einem noch längst nicht abgeschlossenen Prozess der Auseinandersetzung.

Mit den Werten unseres Grundgesetzes, insbesondere mit dem zentralen Friedensgebot, hat die Welt der „Kasernenhöfe und Schlachtfelder“ nichts gemein. Das bedeutet: Rommel ist Geschichte, Kriegsgeschichte, NS-Geschichte, ebenso wie Ludendorff, Hindenburg, Manstein, Jodl, Keitel und andere. Sie haben uns heute nichts mehr zu sagen, jedenfalls nichts, das für unsere Zukunftsorientierung tauglich wäre. Sie sind Geschichte, Museum. Rommel, der Exponent des deutschen Militarismus, liegt außerhalb unserer Zeit, ja gegenläufig zu ihr. Wir schulden ihm nichts, nicht innerhalb des militärischen Milieus und schon gar nicht außerhalb. Die Erinnerungskultur unserer Zivilgesellschaft ist anderen Werten verpflichtet: der Demokratie, dem Rechtsstaat, den Menschenrechten, der Freiheit und dem Frieden.

Hier, in Rommels Geburtsstadt, wird fortan der Schatten der zerbrech-



Wolfram Wette, OB Bernhard Ilg (Heidenheim), Künstler Rainer Jooß vor dem monumentalen Rommel-Denkmal von 1961 und dem Gedenkmal „Minenopfer“, das einen Schatten auf den Feldherrn wirft.

lich wirkenden Skulptur eines Minenopfers auf das monumentale und martialische Feldherrn-Denkmal fallen. Aus meiner Sicht stellt die Skulptur keine Ergänzung des heroischen Denkmals von 1961 dar, sondern ein Gedenkmal. Der Krüppel lenkt den Blick auf die Opfer, und diese werfen einen Schatten auf den prominenten Krieger und dessen Kriegsgeist.

Um es zum Schluss noch einmal allgemeiner zu formulieren: Auf der einen Seite steht das Symbol für die Kriegslogik der Vergangenheit, auf der anderen das Symbol für die Hunderttausende von Opfern des Nordafrikakrieges, die uns zum Frieden mahnen. Das ist, denke ich, eine gute Basis für die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur in Heidenheim. Ich gratuliere der Stadt zu diesem zukunftsweisenden Schritt.

Wolfram Wette ist promovierter Historiker, pensionierter Professor für Neueste Geschichte, Friedensforscher und DFG-VK-Mitglied. Diesen Vortrag hat er am 23. Juli anlässlich der Einweihung des Gedenk-Kunstwerks von Rainer Jooß zum Rommel-Denkmal bei einer Veranstaltung der Stadt Heidenheim gehalten. Auf den Abdruck der Anmerkungen wurde verzichtet, die Online-Version enthält sie (www.dfg-vk.de/verbandszeitung). Für die Veröffentlichung hier wurde der Vortrag leicht gekürzt. Weitere Infos: www.rommel-denkmal.de <<

Wie das Corona-Virus die Uno stärkte

Ein utopischer Rückblick im September 2045 auf die 20er Jahre dieses Jahrhunderts

Von Andreas Zumach

Vor 100 Jahren wurde die Uno (United Nations Organization) gegründet. Am 26. Juni 1945 verabschiedeten 50 Staaten nach vierwöchigen Verhandlungen in San Francisco die Gründungscharta der Vereinten Nationen. Am 24. Oktober 1945 trat die Charta in Kraft. Schon in ihrer Präambel werden – erstmals in der Völkerrechtsgeschichte – die Existenz „individueller Menschenrechte“ mit universeller Gültigkeit betont, die dann drei Jahre später in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der UN-Generalversammlung genauer ausformuliert wurden. Und in Artikel 2 Absatz 4 der Uno-Charta findet sich – ebenfalls erstmals in einem völkerrechtlichen Dokument – das Verbot der Ausübung und Androhung zwischenstaatlicher Gewalt.

Den Anstoß zu diesen erheblichen zivilisatorischen Fortschritten des Jahres 1945 gaben der von Deutschland verübte Holocaust an über sechs Millionen Juden und der Zweite Weltkrieg mit über 60 Millionen Toten. „Die Menschheit von der Geißel des Krieges zu befreien“, postulierte die Charta denn auch als vorrangige Aufgabe der neugegründeten Organisation. Gemessen an dieser Aufgabe ist die Uno – oder besser: sind ihre inzwischen 194 Mitgliedsstaaten – gescheitert.

Bis 2020, also in den ersten 75 Jahren seit der Uno-Gründung, fanden fast 300 zwischen- und innerstaatliche bewaffnete Konflikte statt – oftmals verbunden mit Völkermord und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen. Doch ohne die Uno und ihre Bemühungen zur Beilegung gewaltsamer Auseinandersetzungen hätten viele dieser Konflikte noch länger gedauert, noch mehr Tote und Verwundete gefordert und noch mehr Zerstörungen hinterlassen.

Ohne die Uno wäre es in der Zeit des Kalten Krieges zwischen 1950 und 1990 wahrscheinlich zu einem heißen dritten Weltkrieg gekommen – möglicherweise sogar unter Einsatz atomarer Waffen.

Zahlreiche Situationen, in denen die Welt sehr kurz vor dem Abgrund eines atomaren Krieges stand – wie im Oktober 1962 während der Krise über die sowjetischen Raketen auf Kuba – wurden im Uno-Sicherheitsrat entschärft. Und ohne die Uno und ihre humanitären Unterorganisationen wären hunderte Millionen überlebende Opfer von Kriegen, Naturkatastrophen, Hungersnöten und gewaltsamen Vertreibungen nicht versorgt worden. Schließlich bietet die Uno nun seit 100 Jahren den Rahmen für die Vereinbarung zahlreicher internationaler Normen, Regeln und Verträge zu Rüstungskontrolle und Abrüstung, Menschenrechten, Umweltschutz, Sozialstandards sowie auf zahlreichen anderen Gebieten.

Diese Normen, Regeln und Verträge haben die Erde zwar nicht in ein Paradies verwandelt. Aber sie trugen immerhin dazu bei, die Lebensbedingungen für viele der inzwischen fast zehn Milliarden Erdbewohner*innen in zahlreichen Bereichen zu verbessern.

Eine Auflösung der Uno hätte den Rückfall in die Barbarei weitgehend unregelter zwischenstaatlicher Beziehungen bedeutet.

In den ersten 45 Jahren ihres Bestehens hätte die Uno ohne die Blockade durch die ideologische und atomar bewaffnete Konfrontation der Großmächte USA und Sowjetunion sicher noch mehr der Absichten und Ziele erreichen können, die in der Gründungscharta formuliert wurden.

Schon bald nach Ende des Kalten Krieges begann ein neues Zeitalter.

Langsam begann die Menschheit, die Klimaerwärmung zur Kenntnis zu nehmen – die erste wirklich globale globale Bedrohung, die keinerlei Grenzen kennt und ausnahmslos alle Mitgliedsstaaten der Uno betrifft –, wenn auch zunächst in unterschiedlichem Ausmaß. Auf den Uno-Klimakonferenzen der Jahre 1992 und folgende bis zum 2015 vereinbarten Pariser Klimaabkommen wurden zahlreiche Maßnahmen zur Beherrschung der globalen Erwärmung beschlossen mit verbindlichen Zielen und Zwischenschritten zur globalen Reduzierung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 um mindestens 50 Prozent im Vergleich zu 1990.

Doch bei der Umsetzung dieser Vereinbarungen haperte es zunächst gewaltig. Und dies nicht nur, weil die USA, damals der weltgrößte Emittent von CO₂, sich aus dem Abkommen zurückgezogen hatten. Auch fast alle Vertragsstaaten des Abkommens hatten die für 2020 vereinbarten Zwischenziele zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes zum Teil bei Weitem verfehlt.

Psychologen erklärten die Diskrepanz zwischen den Vereinbarungen und ihrer mangelnden Umsetzung damit, dass der Leidensdruck für die meisten Menschen insbesondere in den reichen Industrieländern des Nordens immer noch nicht groß genug war. Trotz aller verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Szenarien zum Klimawandel, und obwohl es auch im Norden seit Beginn des Jahrtausends immer häufiger zu Trocken- und Hitzeperioden, Stürmen und anderen extremen Wettersituationen kam, waren die Gefahren der globalen Erwärmung immer noch zu abstrakt und wurden wahrgenommen als ein Problem, das lange nach dem eigenen Tod vielleicht für die Urenkel in

der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts zur wirklich existenziellen Gefahr werden könnte.

In den ersten Monaten des Jahres 2020, kurz vor dem 75. Uno-Geburts-tag, wurde der Klimawandel zudem auch noch aus den Schlagzeilen und dem Bewusstsein verdrängt durch die Corona-Epidemie – eine globale Bedrohung, die wie nie zuvor Milliarden von Menschen in fast sämtlichen 194 Mitgliedsstaaten der Uno ganz unmittelbar und konkret in ihrem Alltagsleben betraf. Weit über 800 000 Tote forderte das Virus bereits in den ersten acht Monaten seit seinem Ausbruch in China im Dezember 2019. Die zur Bekämpfung der Pandemie verhängten massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens und zwischenmenschlicher Kontakte führten zu erheblichen Einschränkungen von Grundrechten sowie zur weltweit schwersten Wirtschaftskrise seit den Jahren 1929-32. Und da es zunächst keinen Impfstoff gegen das heimtückische Corona-Virus gab, waren die Unsicherheit und das Gefühl der permanenten Bedrohung für Milliarden Menschen noch größer als bei Epidemien früherer Jahrzehnte.

Der damalige Uno-Generalsekretär Guterres sprach von der „größten Herausforderung für die Menschheit seit Ende des Zweiten Weltkrieges“. Diese brauche daher eine „stärkere und effektivere Antwort, die nur in der Solidarität aller Beteiligten bewältigt kann. Die Welt steht vor einer noch nie dagewesenen Prüfung. Und jetzt ist der Moment der Wahrheit.“

Nach der Corona-Pandemie werde „Nichts mehr so sein wie vorher“. Diese Prognose – sei es als Hoffnung oder als Befürchtung – war 2020 weltweit immer wieder zu lesen und zu hören.

25 Jahre später lässt sich feststellen: Die Corona-Pandemie war tatsächlich ein kathartischer Moment in der Menschheitsgeschichte. Er führte zwar nicht sofort, aber doch mittelfristig und immer wieder von Rückfällen bedroht zu einer Veränderung nicht

nur des Bewusstseins, sondern auch im Verhalten der Menschen. Und damit auch zu positiven Veränderungen der Politik vieler Staaten, zu einer verbesserten internationalen Kooperation und zur Stärkung des Uno-Systems.

Am deutlichsten wurde dieser Wandlungsprozess zunächst bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die unmittelbar zuständig war für die internationale Koordination der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, sowie in der nationalen Gesundheitspolitik der USA und anderer besonders schwer von der Pandemie betroffener Staaten.

Bereits die Generalversammlung der WHO im Mai 2020 forderte, einen künftigen Impfstoff gegen das Corona-Virus allen Bewohner*innen dieser Erde schnell und zu bezahlbaren Preisen zugänglich zu machen. Bestehende Hindernisse in Form von Patentschutzrechten der großen Pharmakonzerne sollten unter Ausschöpfung aller handelsrechtlichen Möglichkeiten überwunden werden – notfalls durch Zwangslizenzen für von den Pharmakonzernen entwickelte Impfstoffe –, um schnell in möglichst vielen Ländern preiswerte Generika herstellen zu können.

Einzig die USA stellten sich zunächst noch gegen diese Resolutionsforderung, da die Trump-Administration die Gewinninteressen des weltgrößten US-Pharmakonzerns Pfizer schützen wollte. Deutschland und die Schweiz hingegen stimmten – trotz der entsprechenden Interessen der einheimischen Pharmakonzerne Roche, Novartis und Bayer – für die WHO-Resolution und engagierten sich in der Folge auch aktiv für ihre Umsetzung.

Mit der Resolution wurde auch eine „unparteiische, unabhängige und umfassende Evaluierung“ der weltweiten Reaktion auf die Corona-Pandemie beschlossen. Nicht nur die Reaktion der WHO selbst und deren zeitlicher Ablauf sollten untersucht werden, sondern auch der Umgang mit der Pandemie in den WHO-Mitgliedsstaaten und die Umsetzung der Richt-



Foto: Stefan Philipp

Friedenssymbol vor dem Uno-Gebäude in New York City

linien und Empfehlungen der WHO durch die Mitgliedsregierungen. Auch gegen diesen Passus erhoben die USA Einwände, denn die Trump-Administration wollte ausschließlich das Verhalten Chinas und der WHO untersuchen lassen.

Ende 2021 lag die Untersuchung vor. Sie bestätigte den weitverbreiteten Verdacht, dass die chinesische Regierung zumindest nach dem Ausbruch des Virus Ende November/Anfang Dezember 2019 zunächst falsche oder unvollständige Informationen an die Genfer WHO-Zentrale geliefert hatte. Und dass die WHO zu gutgläubig mit den Informationen aus Peking umgegangen und die alternativen Informationen regierungsunabhängiger chinesischer Mediziner*innen, Wissenschaftler*innen nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt hatte.

Die Untersuchung bestätigte aber auch, dass die Regierungen vieler andere Länder die allgemeinen Gesundheitsrichtlinien sowie coronaspezifischen Empfehlungen der WHO sträflich missachtet hatten, mit deren Umsetzung sie die Ausbreitung des Corona-Virus in ihren Ländern erfolgreicher hätten bekämpfen können.

Die Untersuchung belegte das besonders dramatische und folgenreiche Versagen der Trump-Regierung in den USA. Dieses Versagen in Verbindung mit dem maroden Gesundheitssystem im reichsten Land der Welt hatten dazu geführt, dass die USA die meisten Corona-Toten zu beklagen hatte. Als die WHO-Untersuchung erschien, war Trump allerdings

schon längst nicht mehr im Amt. Denn die Präsidentschaftswahl im November 2020 hatte der Republikaner gegen den demokratischen Kandidaten Joe Biden verloren. Biden und seine Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin, die vormalige Gouverneurin von Michigan, Gretchen Whitmer, hatten das Versagen Trumps in der Corona-Pandemie zum Hauptthema ihres Wahlkampfes gemacht und weitreichende Reformen des US-Gesundheitssystems versprochen, inklusive einer leistungsstarken und für alle Bürger*innen erschwinglichen Krankenversicherung. Bald nach der gewonnenen Wahl machten sie sich an die Umsetzung dieses Versprechens und brachten die entsprechenden Gesetzesvorhaben mit Hilfe moderater Republikaner auch durch den Senat. Auch gab die Biden-Administration den Widerstand der USA gegen die Forderungen der WHO-Resolution vom Mai 2020 auf. Daher konnten die beiden von Pfizer und von einem europäischen Pharmakonsortium unter Beteiligung von Novartis entwickelten Corona-Impfstoffe, die ab Februar/März 2021 ausreichend getestet und für den Einsatz verfügbar waren, schnell weltweit zu bezahlbaren Preisen zugänglich gemacht werden.

Im Mai 2021 beschloss die WHO-Generalversammlung in Genf neue, rechtsverbindliche Befugnisse für die Organisation. Seitdem wurden in allen 194 Mitgliedsländern der WHO ständige Beobachter*innen der Organisation stationiert, die im Fall von Gesundheitsproblemen uneingeschränkte Kompetenzen haben zur Informationsbeschaffung sowohl bei der Regierung als auch bei nichtstaatlichen Akteuren.

Nicht nur in den USA, auch in anderen Staaten des Nordens – darunter in Deutschland – bewirkte die Corona-Pandemie positive Veränderungen und Reformen der Gesundheitspolitik. Die seit den 1980er Jahren vollzogene neoliberale Privatisierung von Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen wurde rückgängig gemacht. Die Arbeitsbedingun-

gen für Personal im Gesundheits- und Pflegebereich und ihre Entlohnung wurden erheblich verbessert.

Die Corona-Pandemie führte auch dazu, dass die WHO seit Langem überfällige Reformen ihrer Finanzierung vornahm. Bis Anfang der 1980er Jahre stammten über 80 Prozent aller Haushaltsmittel aus den verbindlichen Pflichtbeiträgen ihrer Mitgliedsländer, also Gelder aus von Parlamenten öffentlich kontrollierten Staatshaushalten. Doch 1993 beschlossen die Mitgliedsstaaten, ihre Pflichtbeiträge einzufrieren. Und dies, obwohl die Aufgaben der WHO und damit der Bedarf an Haushaltsmitteln in den nächsten Jahren stetig zunahm. Die Folge: 2020 stammten nur noch knapp 20 Prozent der WHO-Haushaltsmittel aus Pflichtbeiträgen, über 80 Prozent hingegen aus freiwilligen, aber zweckgebundenen Beiträgen, davon 70 Prozent von Regierungen und 30 Prozent von privaten Akteuren. Die Hälfte, also 15 Prozent des WHO-Budgets, steuerte die Stiftung von Bill und Melinda Gates bei, weitere Gelder kamen von Pharma- und Lebensmittelkonzernen sowie anderen privatwirtschaftlichen Akteuren.

2023 beschloss die WHO-Generalversammlung, diese problematische finanzielle und gesundheitspolitische Abhängigkeit zu überwinden und den Anteil der Pflichtbeiträge am Haushalt der Organisation schrittweise wieder auf das Niveau von mindestens 80 Prozent zu erhöhen. 2029 war dieses Ziel erreicht. Unter den freiwilligen Beiträgen darf der Anteil aus privatwirtschaftlichen Quellen insgesamt bei höchstens 25 Prozent liegen. Stiftungen oder Wirtschaftskonzerne dürfen maximal fünf Prozent beisteuern.

Dieser Reformbeschluss der WHO-Generalversammlung war möglich geworden, nachdem zunächst eine Gruppe von 20 Ländern aus allen Kontinenten – darunter Deutschland und weitere EU-Mitglieder – ihre Bereitschaft erklärt hatten, ihre 2021 gezahlten Pflichtbeiträge an die WHO innerhalb von fünf Jahren auf die fünffache Summe zu erhöhen.

Ausbruch aus der neoliberalen Logik. Die Corona-Pandemie führte auch dazu, dass erstmals seit Beginn der neoliberalen Globalisierung Anfang der 1990er Jahre eine seitdem als alternativlos geltende Zwangslogik der internationalen Handels- und Wirtschaftspolitik außer Kraft gesetzt wurde: die Verlagerung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen in Länder mit den geringsten Kosten.

Diese Logik hatte dazu geführt, dass 2020 nicht nur über 80 Prozent aller Grundstoffe für die von westlichen Pharmakonzernen hergestellten Medikamente aus China und Indien kamen. Auch die in der Corona-Krise so dringend benötigten Mund/Nasentmasken und andere Schutzkleidung wurden ebenso wie einfache medizinische Geräte für den weltweiten Bedarf überwiegend in Asien produziert. Unter dem Eindruck der Corona-Krise wurden medizinische Produkte und Dienstleistungen – ähnlich wie etwa Waffen – von den im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Freihandelsbestimmungen ausgenommen und zu „strategisch relevanten Gütern“ erklärt, die künftig wieder ohne den Druck ausländischer Billigkonkurrenz national hergestellt, angeboten und bevorratet werden.

Schub für Maßnahmen gegen die globale Erwärmung. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie führten 2020 weltweit zu einem massiven, in diesem Ausmaß noch nie erlebten Rückgang der Industrieproduktion, des Gütertransports und des Luftverkehrs. In der Folge sank zumindest für einige Monate auch der Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxid fast auf den Stand des Jahres 1990, dem Basisbezugsjahr für alle seitdem international vereinbarten Maßnahmen zur Eindämmung der globalen Erwärmung. Zugleich aber wurde der Klimawandel, der bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie als die größte globale Herausforderung galt und das wichtigste Thema der internationalen Politik war, durch die Pandemie fast völlig

aus der Aufmerksamkeit von Medien, Politik und Öffentlichkeit verdrängt.

Mittel- und langfristig profitierte der Kampf gegen die globale Erwärmung allerdings von den Folgen der Pandemie. Viele Regierungen und in Europa auch die EU verbanden ihre milliardenschweren Konjunkturprogramme und Unterstützungshilfen für Unternehmen mit Auflagen und Anreizen zur ökologischen Modernisierung in der Herstellung, beim Transport und in ihrer Produktpalette. Eine staatliche „Abwrackprämie“ für Altfahrzeuge, die die großen Automobilkonzerne zunächst gefordert hatten, gab es nicht. Stattdessen wurden zunächst in Europa, Japan und Südkorea sowie schließlich auch in China und den USA die erlaubten Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß neuzugelassener Autos so deutlich gesenkt, dass ab 2026 der Verkauf von Autos mit über sechs Litern Benzin- oder Dieserverbrauch nicht mehr möglich war.

Schließlich einigten sich die Vertragsstaaten des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2025 auf die Einführung einer spürbaren Steuer auf Flugbenzin. Möglich wurde diese Einigung, nachdem die USA unter Präsident Joe Biden 2022 dem Klimaabkommen wieder beigetreten waren. Die Kerosinsteuer führte zu einer deutlichen Verteuerung von Flugtickets und bis 2030 einem Rückgang des weltweiten Flugverkehrs um 20 Prozent verglichen mit dem letzten Boomjahr 2019 vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Damals hatten die Internationale Luftverkehrsvereinigung (IATA) noch einen Zuwachs der Passagierzahlen um mindestens 40 Prozent bis 2030 prognostiziert. Die Erlöse aus der Kerosinsteuer wurden bestimmt zur Finanzierung des Ausbaus des Schienenverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs.

Neben einer Kerosinsteuer, die Umweltgruppen aus aller Welt bereits seit den 1970er Jahren immer wieder vergeblich gefordert hatten, einigten sich die Mitgliedsstaaten der Uno im Jahr 2027 endlich auch auf die Einführung einer Finanztransakti-

onssteuer für internationale Devisengeschäfte. Eine solche Steuer hatte 1972 bereits der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler James Tobin vorgeschlagen. Seit 1997 engagierte sich die damals gegründete globalisierungskritische Bewegung Attac (Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens – Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürger*innen) für diese Forderung. Die Steuer in Höhe von 0,1 Prozent wird seit 2028 zur Hälfte verwendet für eine verlässliche und ausreichende Finanzierung der Uno und ihrer Unterorganisationen. Mit der anderen Hälfte der Steuermittel wurde in den letzten 17 Jahren der Ausbau erneuerbarer Energien – Solar, Wind, Sonne und Biothermie – weltweit erheblich vorangetrieben. Die Förderung von Kohle wurde 2033 weltweit eingestellt. Und auch der 2020 von einigen Ländern noch geplante Neubau von Atomkraftwerken fand nicht mehr statt.

Alle diese Maßnahmen trugen dazu bei, dass im Jahr 2040 ausnahmslos alle 194 Uno-Staaten ihre im Pariser Klimaabkommen zugesagten Zwischenziele für die Reduzierung der CO₂-Emissionen erreichten, die sie in den Überprüfungsjahren 2020, 2025, 2030 und 2035 zum Teil noch deutlich verfehlt hatten.

Derzeit – im September 2045 – sieht es so aus, als könnte die Bilanz Ende dieses Jahres noch besser ausfallen. Hält dieser Trend die nächsten fünf Jahre an, dann ist es durchaus möglich, dass das Ziel des Pariser Klimaabkommens, die globalen CO₂-Emissionen bis 2050 im Vergleich zum Basisjahr 1990 um 50 Prozent zu senken, sogar übertroffen wird.

Das hätte 2020 kaum jemand vorausgesagt.

Andreas Zumach ist DFG-VK-Mitglied und Journalist. Seit 1988 ist er Uno- und Schweiz-Korrespondent für die Taz mit Sitz in Genf. <<

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2020 im 47. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: ZivilCourage – das DFG-VK-Magazin, Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail info@stil-find.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-90056, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

Erscheinungsweise: fünf Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnerung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 1. September. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 18. Oktober 2020.

Global betrachtet

Militarisierung, Aufrüstung und Widerstand in Zeiten der Corona-Pandemie

Von David Scheuing

Eine globale Pandemie hat wie jede Krise und jeder Konflikt immer auch Akteure, die in dieser Zeit gewinnen: an Ansehen, Geld, Macht. So wundert es nicht, dass in der aktuellen globalen Krise Tendenzen der Militarisierung und Aufrüstung unvermindert weitergehen. Die vergangenen sechs Monate haben gezeigt, dass Rüstungsgeschäfte, Einschnitte bei Kriegsdienstverweigerung und fortgesetzte Kriegsverbrechen im Schatten der Berichterstattung zur Corona-Pandemie beinahe untergehen. Ebenso aber leider auch erfolgreicher Widerstand gegen Rassismus, Militarisierung und Zwangsdienste. Es sind eben sechs Monate im Schatten einer Pandemie.

Die Militarisierung der Pandemie.

Die brandneue Ausgabe des „Zerbrochenen Gewehrs“ behandelt die Militarisierung der Corona-Pandemie bzw. Militarisierung im Schatten der Pandemie. Die Beispiele reichen von Chile bis Uganda und zeigen auf, wie gewalttätig diese Pandemie genutzt wurde. Lesenswert! <https://bit.ly/3hPq7pX>

Interessant vor diesem Hintergrund sind die Wege, über die Militarisierung gelingt: Im April übte z.B. die US-Regierung im Rahmen ihrer Anreize für die Wirtschaft auch Druck auf mexikanische Fabrikant:innen aus, darunter vor allem Rüstungszulieferer, um „kritische Bereiche der nationalen Sicherheit“ zu gewährleisten. Damit war der Wiederbeginn der Rüstungsproduktion gemeint – im Schatten der Pandemie, mit Hilfe der Freihandelsabkommen. Erst recht galt in der Krise: Keine gerechte Welt im Neoliberalismus! <https://bit.ly/2QMFN1C>

Ebenso verkündeten die USA, einseitig die bisher bestehenden Rahmenvereinbarungen zur Drohnenexportbegrenzung zu brechen. Durch

eine geschickte Neudefinition einer bestimmten Drohnengattung erlauben sich die USA darin ein signifikant erhöhtes Exportpotenzial und drehen hiermit weiter an der Aufrüstungs- und Überwachungsspirale. Mitten in der Pandemie. <https://bit.ly/2QXXbRb>

Damit ein gerechter und gewaltfreier Wiederaufbau in/nach der Pandemie möglich werden kann, haben die Aktivist:innen von 350.org (Handbuch für Klimaaktivist:innen, ZC 3/19) fünf zentrale Prinzipien für eine #JustRecovery formuliert: Die Gesundheit der Menschen geht vor, ohne Abstriche; wirtschaftliche Hilfen müssen direkt zu den Menschen gelangen; Arbeiter:innen und Communities ist zu helfen, nicht den Wirtschaftsbossen; Resilienz gegenüber zukünftigen Krisen muss geschaffen werden; Solidarität und Gemeinschaft über Grenzen hinweg – gegen jeden Autoritarismus. Hier mehr dazu: <https://bit.ly/3hQ9SsP>

Die Globale Kampagne gegen Militärausgaben hat eine interessante Infografik zusammengestellt, um der Forderung nach Investitionen in den Gesundheitsbereich, nicht in die Kriegsindustrie Nachdruck zu verleihen: <https://bit.ly/32JYc4x>

Black Lives Matter/USA. Die Aufrüstung der US-Polizeibehörden ist keine neue Nachricht. Die Brutalität der Einsätze in den Bundesstaaten, die schier ohnmächtig machende Gewalt der Nationalgarde, die vielen Toten der letzten vier Monate haben aber immer wieder deutlich gemacht, wie wichtig Aufklärung, Kontrolle und Regulierung und eigentlich die Abschaffung der Polizei ist. Da oftmals bestritten wurde, dass die Polizeieinheiten Tränengas eingesetzt hätten und zur Dokumentation der bekannten Einsätze, hat die WRI hier die Fakten zu Zulieferern und Ausrüstern der Anti-

BLM-Einsätze gesammelt: <https://bit.ly/3lCrE5b>

Seit vielen Jahren schon sind die Aktiven der War Resisters' League gegen Polizeibrutalität unterwegs. Viele von ihnen sind in den vergangenen Wochen und Monaten ebenso kriminalisiert worden und mussten erschreckend leichtfertigen Gebrauch von „weniger tödlichen“ Waffen dokumentieren. Auf ihrer Webpage finden sich wertvolle Hinweise und Dokumentationen: <https://bit.ly/2DjrvIQ>

Daneben hat die WRI seit 2016 eine gut gepflegte Homepage zum Thema Polizeimilitarisierung weltweit: <https://bit.ly/3hOrcP7>

Jemen/Saudi-Arabien/Vereinigte Arabische Emirate.

Zu Beginn des Jahres hatte ich an dieser Stelle vom erfolgreich erzwungenen Waffenexport-Stopp nach Saudi-Arabien durch britische Aktivist:innen vor dem High Court berichtet. Mittlerweile, trotz anhaltender Pandemie, hat sich die britische Bürokratie davon überzeugt, dass „Kriegsverbrechen nur in gesonderten Einzelfällen“ vorgelegen hätten und dass somit der Überprüfungsaufgabe durch das Oberste Gericht Genüge getan sei und fortan die Exporte wieder aufgenommen werden könnten. Mehr zu dieser traurigen Nachricht bei der Campaign Against the Arms Trade: <https://bit.ly/34W1IRM>

Ebenso hat die kanadische Regierung im Zuge der Arbeitsplatzdebatten in der Corona-Pandemie das Arbeitsplatzargument als Vorwand für die Wiederaufnahme von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien benutzt. Die Notlage von Arbeiter:innen wurde wieder einmal als Deckmantel für inhumane Exporte und Kriege genutzt. <https://bit.ly/3lFfoRC>

Aus dem europäischen Aktionstag gegen die Militarisierung und Aufrüs-

tung des Jemen-Konfliktes (ZC 1/20) ist eine hilfreiche Infographik entstanden, die sich auch in gedruckter Form für Infostände aller Art eignet. Sie zeigt die Beteiligungen und Lieferungen europäischer Firmen an Kriegsparteien im Jemen: <https://bit.ly/3bm5Aab>

Bei der WRI findet sich eine Auflistung der diversen Konzerne, die sich an der Aufrüstung des saudischen Regimes beteiligen: Bis auf eine Firma sind dies ausschließlich europäische Produzent:innen – Potenzial für Aktionen und Widerstand gibt es also. <https://bit.ly/2ERRyRJ>

Kurz notiert

Feministischer Antimilitarismus. In der letzten Ausgabe des „Zerbrochenen Gewehrs“ beschäftigten sich die Autorinnen mit Geschlechterverhältnissen im Antimilitarismus, der patriarchalen Tradition des Militarismus und feministischen Wegen der Überwindung. Zu empfehlen: <https://bit.ly/31LODT0>

Waffenmessen fallen weltweit aus. Die Absage diverser Waffenmessen wird vermutlich keinen absehbaren Effekt auf die Konfliktlagen auf der Welt haben. Erfreulich ist sie dennoch: <https://bit.ly/3gQsIUK>

Alle gewaltsamen Tode zählen. Sipri, Prio und andere Konfliktforschungsinstitute haben sich zusammengetan, um eine Datenbank über alle gewaltsamen Tode zu schaffen. Die Datenbank GREVD („A Global Registry of Violent Deaths“) soll damit Zahlen der verschiedenen Institute zu verschiedenen Todesursachen zusammenbringen und die Wissens- und Datenglage zu globalen Gewaltverhältnissen verbessern. Als gewaltsame Tode verstehen die Autor:innen auch Tötungen durch die Polizei, Tode von Geflüchteten, häusliche Gewalt und die Todesstrafe. Eher indirekte Tode beispielsweise durch Hunger werden allerdings nicht gezählt. Die Datenbank verspricht das bislang umfassendste empirische Material zusammenzu-

fügen und der Forschung zugänglich zu machen. Hier geht es zur Projekt-homepage: <https://grevd.org>

Laboratorien kommender Kriege. Die Sonderberichterstatterin der UN für Libyen hat in einer Pressekonferenz die Situation im Lande als „Experimentalfeld für alle möglichen neuen Waffentypen“ bezeichnet. (<https://bit.ly/2DkSLR5>) Dies gelte, obwohl ein internationales Waffenembargo herrsche – das aber nicht durchgesetzt werde. Schon in der Vergangenheit haben Beobachter:innen immer wieder Gebiete schwelender oder eingefrorener Konflikte sowie Bürgerkriegsgebiete als solche Laboratorien zukünftiger Kriegsführung erkannt. Beispielsweise wurde dies auch für die Situation in Israel/Palästina beobachtet oder auch in Syrien.

Recht auf Ersatzdienst in Südkorea. Zum ersten Mal ist in Südkorea das Recht auf einen Ersatzdienst anerkannt worden. Wie an dieser Stelle schon mehrfach berichtet, hat sich in Südkorea in den letzten Jahren immerhin etwas bewegt für die Rechte der Kriegsdienstverweigerer:innen. Allerdings können die Verweigerer:innen lediglich einen Ersatzdienst in Gefängnissen oder Haftanstalten ableisten, anstatt selbst wie zuvor dort einzusitzen. Zudem dauert der Ersatzdienst drei Jahre im Vergleich zu zwei Jahren Kriegsdienst. Amnesty International hat den Dienst als weltweit längsten verpflichtenden Ersatzdienst und durch die Art, ihn im Gefängnis abzuleisten, daher als „Ersatzstrafe“ und nicht „Ersatzdienst“ bezeichnet. Mehr dazu hier: <https://bit.ly/3IPgNVM>

Kriegsdienst in der Ukraine. Die kleine pazifistische Union in der Ukraine, gegründet von Ruslan Kotsaba, hat sich lautstark gegen Pläne für einen fortgesetzten militärischen Zwangsdienst des neuen ukrainischen Präsidenten Selenskyj gewandt. Sie kritisiert, dass einerseits Selenskyj seine Wahlversprechen verrät, indem er den Zwangsdienst fortführt und ande-

David Scheuing ist Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International



(WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern, gewählt. An dieser Stelle berichtet er regelmäßig in der *ZivilCourage* aus der WRI, um den LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine kursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist per E-Mail erreichbar unter scheuing@dfg-vk.de

rerseits die Ukraine weiterhin ihrer internationalen Pflicht zur Anerkennung von Kriegsdienstverweigerer:innen nicht nachkommt. Mehr dazu: <https://bit.ly/2EMwegG>

Kriegsdienst und Asyl – Online-Seminar zum Nachschauen. Auf Betreiben der WRI gab es im vergangenen Mai ein Online-Seminar zur Frage, welche Möglichkeiten und Schwierigkeiten es bei der Suche nach Asyl für Kriegsdienstverweigerer:innen gibt. Erfahrungen dazu tauschten die Teilnehmenden mit Rudi Friedrich von Connection e.V. und Laurel Townsend vom Verbindungsbüro der Quäker bei der UN aus. Hier kann das Seminar angesehen werden: <https://bit.ly/2YVN7fU>

Rekrutierung von Frauen in den USA. Wie hier schon mehrfach berichtet, arbeitet das Kriegsministerium der USA in Zusammenarbeit mit dem Kongress gerade an einer Neuausrichtung der Rekrutierungspolitik (ZC 05/2018). Im Mai wurde dann sichtbar, dass wohl schon bald Frauen eingezogen werden könnten. Nicht ohne Widerstand – aber bedenklich! <https://bit.ly/3hVMgmU> <<

Alles nur geCLOUDt?!

Wie die DFG-VK-Cloud die Arbeit erleichtert

Von Otto Reger

Kommt dir das bekannt vor: Du hast einen Text geschrieben und möchtest ihn gerne mit einem Foto oder einer Grafik bebildern und du googelst (am besten mit Alternativen zu Google, wie etwa Startpage; www.startpage.com) nach einem passenden Objekt. Nach dem (zeitraubenden) Durchforsten der Trefferliste hast du mehr oder weniger geeignete Abbildungen gefunden und fragst dich nun, ob du sie überhaupt verwenden darfst, ohne das Urheberrecht zu verletzen. Für diesen Zweck können die zahlreichen Fotos und Grafiken auf der Cloud eine nützliche Alternative sein. Viele dieser Abbildungen wurden für Flyer etc. erstellt, die man im DFG-VK-Shop bestellen kann und die Anregungen geben können. Daneben gibt es auch Aktionsfotos, die Mitglieder (künftig gerne auch

du) zur allgemeinen Verwendung zur Verfügung gestellt haben.

Wann treffen wir uns? Einen passenden Termin für ein Treffen zu finden, ist häufig eine zeitraubende Angelegenheit, weil das per Mail mühselig ist, oder weil man Doodle seine Daten ungern preisgeben will und nicht alle Whatsapp nutzen. Um den geeignetsten Termin zu finden, gibt es in der DFG-VK-Cloud das Programm „Umfragen“. Jemand erstellt die Terminvarianten und lädt die anderen Teilnehmer via Mail ein, sich einzutragen.

Wo ist das noch gleich gespeichert? Eine Cloud ist vereinfacht gesagt ein digitaler Speicherort für Dateien, die man zusätzlich (oder alternativ) zum heimischen PC (oder Smartphone) auf einem Server im Internet spei-

chern kann. Dadurch erleichtert man anderen den Zugriff auf Dateien wie zum Beispiel Fotos, die sich per Mail meist nur begrenzt übermitteln lassen.

In der Cloud kann man beispielsweise Fotos von gelungenen Aktionen speichern und gleich dazu als PDF den Aktionsflyer. Genauso gut kann man Protokolle oder andere Textdokumente auf die Cloud hochladen und sie anderen damit zugänglich machen. Wer beispielsweise gerne wissen will, womit sich der BundessprecherInnenkreis beschäftigt, kann sich über die Protokolle der Telefonkonferenzen in der Cloud schlau machen. Auch Protokolle von Bundesausschuss und Bundeskongress oder von Arbeitsgruppen/-kreisen wie etwa der AG Medien kann man dort nachlesen oder herunterladen.

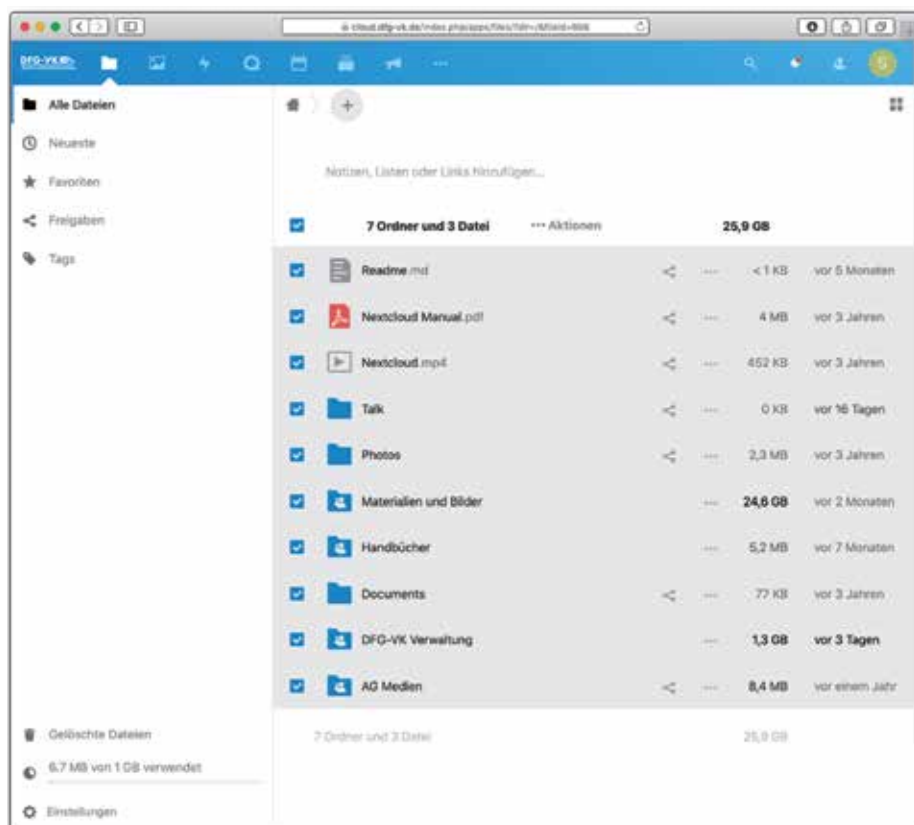
Unsere Cloud, basierend auf dem System Nextcloud, kann aber noch mehr.

Wie bringt man verschiedene Textentwürfe mehrerer Personen in eine Endfassung?

Es kann mühselig sein, wenn sich mehrere Personen über ihre Texte abstimmen wollen, weil verschiedene Fassungen (per Mail) ausgetauscht und verglichen werden müssen.

Hier können sogenannte Pads eine Alternative sein. Vereinfacht gesagt ist das ein Texteditor, der ähnlich wie „Word“ dazu dient, Texte zu erstellen und mit verschiedenen Formatierungen (Schriftgröße, fett, kursiv usw.) zu versehen.

Der erstellte Text ist in der Cloud gespeichert und kann dort von anderen gelesen und korrigiert, erweitert, gekürzt und kommentiert werden. Das kann während einer Talk-Konferenz erfolgen oder auch danach von den dazu eingeladenen Personen. Wer welche Änderung vorgenommen



Die Startseite der DFG-VK-Cloud ist erreichbar unter: cloud.dfg-vk.de

hat, ist leicht zu erkennen, weil das Pad jeder Person eine eigene Schriftfarbe zuweist.

Wo ist „der Haken“ bei der DFG-VK-Cloud? Wer die Vorteile der Cloudprogramme (die „Tools“) nutzen will, muss bereit sein, Zeit zu investieren.

Dabei solltest du geduldig mit dir selbst sein und dich nicht entmutigen lassen, wenn etwas nicht auf Anhieb funktioniert. Das muss nicht am vermeintlichen eigenen Unvermögen liegen, denn manchmal wurde die Nutzerfreundlichkeit bei der Programmierung nur ungenügend berücksichtigt. Da kann es helfen, wenn du einfach mal abschaltest und mit zeitlichem Abstand weitere Versuche unternimmst.

Bevor du allerdings ganz verzweifelst oder schlecht gelaunt wirst, solltest du dich nicht scheuen, die Hilfe der Administratoren (die Cloud-„Admins“ sind Ralf Buchterkirchen und Jerome Drees) in Anspruch zu nehmen, die du via admin_it@dfg-vk.de erreichst. Auf diese Weise kannst du auch Verbesserungsvorschläge oder Fehlerhinweise weitergeben.

Für Computer und Smartphones und bei den Kommunikationsmitteln gibt es bei der Hardware und den Anwendungsprogrammen ständig Weiterentwicklungen und Neuerungen. Die Beschäftigung mit den Angeboten in der Cloud kann dir helfen herauszufinden, was von diesen Neuerungen tatsächlich für dich und deine Gruppe nützlich ist. Und es trägt dazu bei, besser zu verstehen, weshalb „die Jungen“ damit so selbstverständlich umgehen.

Kann ich gleich loslegen? Wenn du <https://cloud.dfg-vk.de> anklickst, hast du zwar die Cloud aufgerufen, aber noch keine Zugangsberechtigung. Diese bekommst du von der DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle, nachdem du dorthin eine Mail mit der Bitte um Freischaltung sowie möglichst deine DFG-VK-Mitgliedsnummer (siehe Kontoauszug deiner Beitragsüberweisung) geschickst hast:

verwaltung@dfg-vk.de – **Betreff: Cloud.** Danach kommst du jederzeit in die Cloud.

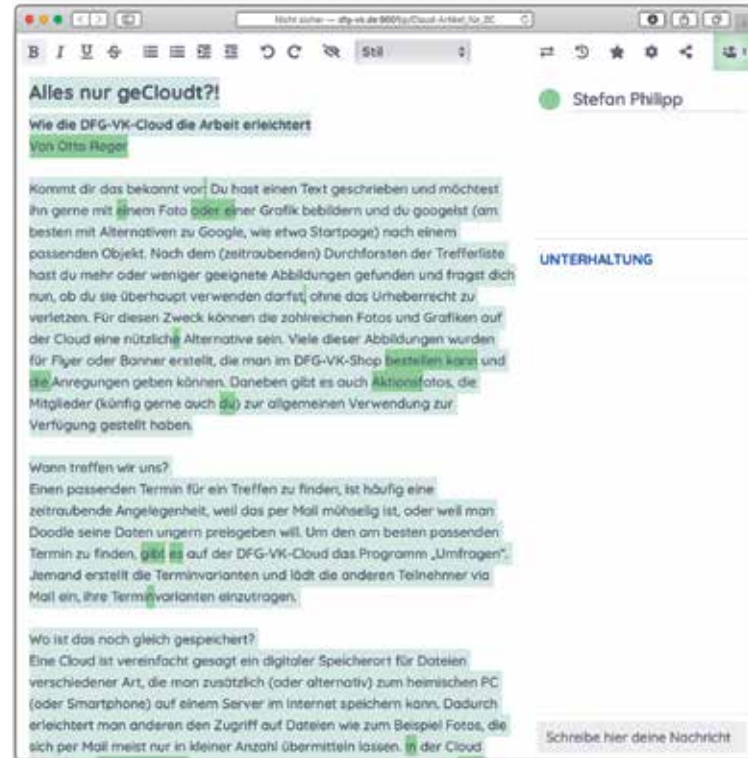
Damit dich andere dort finden können (über das Suchfeld), ist es sinnvoll, dass du die voreingestellte Nummer durch deinen Namen ersetzt. Damit sich andere besser ein Bild von dir machen können, kannst du zusätzlich ein Foto von dir hochladen.

War das alles? Wir arbeiten ständig an Verbesserungen und sinnvollen Erweiterungen. Hast du oder habt ihr als Gruppe oder

Arbeitsgemeinschaft besondere Anforderungen, dann hilft die AG Medien gerne weiter. Wird beispielsweise Platz zum Verteilen und Speichern von Daten für eine Kampagne benötigt (auf die natürlich nur ihr Zugriff habt) braucht ihr nur anzufragen. Das gilt natürlich auch für den Umgang mit den oben beschriebenen Tools.

Die AG Medien ist eine Arbeitsgruppe der DFG-VK, die allen Mitgliedern zur Mitarbeit offen steht und ortsunabhängig arbeitet. Sie kümmert sich um Hardware, indem sie dafür sorgt, dass der Internetauftritt der DFG-VK störungsfrei arbeitet und interessierte Gruppen einen lokalen Auftritt erstellen können und dass die Cloud und ihre Tools funktionieren. Dazu gehört es, dass auch eine bedienerfreundliche Software und Tools bzw. Programme zur Verfügung gestellt werden. Deshalb kümmert sich die AG Medien darum, ein Contentmanagementsystem auszuwählen, das möglichst leicht zu erlernen ist, so dass Landesverbände und Gruppen mit möglichst geringem Aufwand eigene Internetauftritte erstellen und aktualisieren können.

Ein weiteres Ziel der AG Medien ist es, die vor Ort Aktiven darin zu be-



Benutzung des Pads bei der Erstellung dieses Beitrags

stärken und zu unterstützen, ihre Arbeit selbstbewusst und kontinuierlich im Web und in den sogenannten sozialen Medien darstellen zu können. Nicht zuletzt versucht die AG Medien dazu beizutragen, dass die gute und nützliche Arbeit der Aktiven in vielen Gruppen und Kampagnen stärker in der Öffentlichkeit und den Medien wahrgenommen wird, u. a. dadurch, dass sich Aktive und die Verantwortliche (etwa für dfg-vk.de, unseren Web-Shop, die *ZivilCourage*, Kampagnenverantwortliche) schon im Vorfeld besser aufeinander abstimmen.

In der AG Medien kann jede und jeder mitmachen, vorausgesetzt, man steht mit einem PC nicht auf Kriegsfuß und ist aufgeschlossen und lernwillig. Ansonsten spielt es keine Rolle, ob du Computer-Freak, Social-Media-Nutzer, Youtuber, Twitterfan oder Zeitungsleser/-abonnent bist.

Otto Reger ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Mannheim-Ludwigshafen und betreibt auch deren Homepage: <https://mannheim.dfg-vk.de/mannheim-start>; er arbeitet in der bundesweiten AG Medien mit. Nach Tätigkeit als Lexikon- und Online-Redakteur ist er inzwischen Rentner. <<



LeserInnenzuschriften
zu den Beiträgen zur
Corona-Pandemie in
ZivilCourage Nr. 3/2020

Nachdem ich die *ZivilCourage* durchgelesen hatte, kamen mir Fragen. Bin ich da noch richtig? Ist die DFG-VK noch die Organisation, mit der ich verbunden bin und mit der zusammen ich Friedensaktionen durchführen kann? Oder passe ich da nicht rein? In mehreren Artikeln wurde über mich geurteilt, ich bin da jetzt ein Rechter, ein Querfrontler, ein Verschwörungstheoretiker, Rattenfänger, ich bin der Desinformationskampagne auf den Leim gegangen und verbreite Falschinformationen. Ganz schön viele Titel für einen altlinken Friedensfreund. Zugegeben, ich habe einmal in Heidelberg Grundgesetze verteilt und jetzt schon 15 Mal eine Meditationskundgebung für unsere Freiheit und Grundrechte auf dem Marktplatz in Bretten organisiert. Daneben habe ich auch 16 Mal den Pacemakers-Radmarathon aktiv unterstützt und z.B. „Frieden geht“ zwei Wochen lang begleitet.

Ich würde mich freuen auf eine offene Diskussion zu den angesprochenen Problemen. Ich habe den Eindruck, dass viele Friedensfreunde sehr schlecht informiert sind und einer pauschalen Verteufelungskampagne genau der Medien auf den Leim gegangen sind, die sonst auch die Friedensbewegung wahlweise ignorieren oder diffamieren. Und natürlich distanzieren mich nicht von Michael Ballweg, Anselm Lenz, Ken Jebsen oder Kai Stuhrt, ich freue mich, den einen oder anderen persönlich kennenzulernen. Ich habe in vielen Punkten eine andere Meinung als dieser oder jener, aber das ist normal, damit möchte ich leben. Und ich habe die letzten Wochen im Engagement für unsere Demokratie und unsere Grundrechte schon viele großartige Menschen kennengelernt, und wir stehen für friedliche Aktionen, für die Würde des Menschseins und für ein menschliches Miteinander voller Mitgefühl.

Immerhin, eines ist gelungen: Wir sind gespalten, und das mit einer Perfektion wie noch nie.

Befremdet haben mich in der *ZivilCourage* zunächst die Abbildungen. Auf dem Titelbild und im Heft sind mehrere Gesichter und auch Aktions Teilnehmer mit Gesichtsmasken abgebildet. Ist das jetzt auch in der DFG-VK die neue Normalität?

Gesichtsmasken • sind sinnlos beim Virenschutz, vielmehr schädlich, sie sind eine Brutstätte für Pilze und Bakterien aller Art sowie verursachen sie Hauterkrankungen im Gesicht; • sollen angeblich die Umwelt vor dem Träger schützen. Ich bin keine Bedrohung für meine Mitmenschen und benutze diese Dinger nicht; • verhindern normalen emotionalen offenen Austausch von Menschen, traumatisieren vor allem Kinder; • sind ein Symbol für Entmündigung und Maulhalten, Mundtot-machen; • schalten die Mimik, die Ausdruckssprache des Gesichtes fast völlig aus, verunmöglichen eine normale Kommunikation.

Ich verweigere mich diesem Maskenzwang und werde deshalb diskriminiert, meine Grundrechte sind massiv eingeschränkt. Ich empfehle jedem *ZivilCourage*-Leser, nachzuhören, was Gerald Hüther und Franz Ruppert zu den Auswirkungen des Maskenzwangs sagen.

Frieden beginnt immer bei jedem Einzelnen, bei mir, bei dir. Ich frage mich, wie der/diejenige Friedensimpulse nach außen vermitteln kann, der/die in sich keinen Frieden hat, der/die andere Menschen, ohne sie zu kennen, als Verschwörungstheoretiker, als Rechte, als Rattenfänger diffamiert. Es gibt keinen Weg zum Frieden. Der Frieden ist der Weg. Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt.

Günter Stahl

Eine *ZivilCourage* in der Coronazeit ist ja durchaus eine Herausforderung, die finde ich ganz gut gelungen ist. Gerne möchte ich aber noch einige Anmerkungen machen. Ich war in den 70er und 80er Jahren in der DFG-VK aktiv,

habe Soziologie studiert und war 40 Jahre im Gesundheitswesen tätig und habe dadurch eine vielfältige Sicht auf die jetzige Situation.

Ich sehe auch viel Wiederholung bei allem Neuen. Dies betrifft die Themen Umgang mit Angst und Bedrohung sowie Dialogfähigkeit und Feindbilder. Die DFG-VK hat für mich eine wichtige vermittelnde Funktion in solchen Situationen, und die Beiträge in dem Heft sind dem für mich weitgehend gerecht geworden.

Sehr überflüssig empfand ich aber die Belehrungen von Christoph Neeb mittels Zahlen, die uns – wie auch zu Zeiten des kalten Krieges von Regierung und Medien selektiv präsentiert werden. Ärgerlich dann die Idee, dass „die Friedensbewegung“ (DFG-VK?) eine gemeinsame Haltung zur Coronakrise entwickeln sollte und die Abfertigung von Prof. Bakhti (ehem. Ausbilder für Epidemiologen) und Dr. Wodarg (Epidemiologe und ehem. im Europaparlament auch noch für Fragen der Rechtsstaatlichkeit von EU-Beitrittskandidaten, SPD) als Verschwörungstheoretiker und womöglich Demagogen. Gerade bei solcher Diffamierung sollten wir nicht mitmachen, egal wie jede(r) Einzelne die Situation um Corona einschätzt. Verschwörungstheoretiker erscheint mir heute sowieso als das neue Totschlagwort, so wie wir FriedensaktivistInnen als Kommunisten bezeichnet wurden. Ich treffe einige Leute, die erschreckt durch die Heftigkeit der Maßnahmen und die Rufe nach autoritärem Handeln in vielleicht fragwürdige Fahrwasser geraten, und es gibt auch rechte Kräfte, die die derzeitige Situation ausnutzen möchten und von denen wir uns abgrenzen.

Das gab es, so lange ich politisch aktiv bin, und war immer wieder Anlass zu Diskussionen und Dialog(!). Der Diffamierung von abweichenden Meinungen in der Coronadebatte sollten wir uns hingegen auf keinen Fall anschließen, da die Argumentationen der Verantwortlichen (denen ich durchaus zugestehe, dass sie eher die vorsichtige Position einnehmen) für

mich an vielen Punkten nicht schlüssig erscheinen und die präsentierten Zahlen entgegen der Aussage von Christoph Neeb alles andere als klar sind.

Eine Anmerkung noch zum Artikel von Wolfram Wette, der hervorhebt, dass sich Frau Merkel der Kriegsterminologie anderer Staatschef lobenswerterweise nicht angeschlossen hat. Vielleicht wäre es aber interessant gewesen, sich der Frage subtiler Methoden der Beeinflussung zuzuwenden. Dazu gehört für mich ein erstaunlicher Gleichklang der Informationen in den öffentlichen Medien, die mich sehr erinnert an die Berichterstattung zu Friedensaktivitäten im kalten Krieg. Andere Meinungen werden nicht zugelassen, Angst wird geschürt, der Krieg gegen ein Virus ausgerufen, der alles rechtfertigt, was beschlossen wird (womöglich auch Dauernotstand?). Die zitierte Aussage von Bill Gates (gegen eine Epidemie „wappnen wie für einen Krieg“) beunruhigt mich entgegen der Meinung von Wolfram Wette. Den „Krieg“ gegen eine Krankheit halte ich generell für einen problematischen Ansatz, da es für mich darum geht, Ursachen zu erkennen, Therapien zu entwickeln und Abwehrkräfte zu stärken, Impfen als Allheilmittel greift für mich zu kurz.

Lieber Christoph Neeb, ich bin da keiner „Desinformationslawine“ auf

den Leim gegangen“, sondern habe mein Berufsleben mit dem Thema Krankheit – Gesundheit im Krankenhaus verbracht. Deutlich wird bei Corona mal wieder, dass Armut und beengte Verhältnisse die Krankheit fördern und hier ein Ansatz für das Ringen um Gesundheit liegt. Also nicht immer mehr kostspielige Abwehrmaßnahmen, sondern Bedingungen für ein gesundes Leben schaffen, dazu gehört für mich, die Militärausgaben zu minimieren und eine lebensfördernde Umwelt zu erhalten.

Harald Welteke

Beim Lesen von Kathrin Voglers Beitrag ging es mir wie dem alten Marx beim Studium der Schriften von Ludwig Feuerbach: Alles irgendwie richtig, aber falsch herum sortiert.

Seit dem Lösen aus der Corona-Schockstarre liefern sich alle großen Akteure ein Wettrennen darum, aus der neuen Situation das Beste für sich zu machen. Über den „Industriefunk“ bekomme ich von dem Geschehen genügend mit, um sagen zu können, dass die Großen jetzt auf den Konkurs der vielen Kleinen setzen.

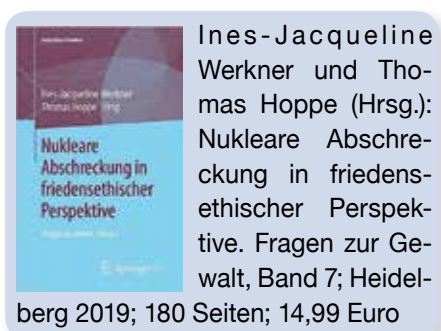
Die Strategie der Bundeswehr ist offensichtlich, die Aufhebung der Haushaltsdisziplin für die Anschaffung von Großwaffensystemen zu nutzen. Deshalb sehe ich es nicht so wie Kathrin, dass der Bundeswehr der „Arsch

auf Grundeis“ ginge. Würde unser Militär ernsthaft eine stärkere Rolle in der Pandemie-Bekämpfung suchen, dann hätte es keine Atombomber, sondern neue mobile Feldlazarette geordert.

Gäbe es keine Versammlungsbeschränkungen, wäre uns ein medienwirksamer Protest gegen diese Ausrüstung möglich. Insofern ist die Beschränkung der Grundrechte, und dazu gehört das Recht auf Versammlungen, keine Lappalie. Laila Weiß und Adrian Villa haben in derselben *Zivil-Courage* plastisch beschrieben, wie sehr uns das trifft. Die scheinbar weiche Einführung einer neuen Zwangsverpflichtung von medizinisch ausgebildeten Personen wäre übrigens auch eine mögliche Basis für ein Bündnis mit den Pflegeberufen. Mehr Geld für Gesundheit, da bin ich mit dabei. Faire Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen sollte es immer geben, unabhängig von Corona. Doch der Ausbau der Krankenhauskapazitäten verhindert nicht, dass Menschen an Covid erkranken und manche daran sterben.

Auch in der Bündnisarbeit muss es das Ziel der DFG-VK sein, Leben zu schützen, Stichwort Zwangsarbeitsbedingungen in Schlachthöfen oder bezahlbare Corona-Tests. Vorsorge ist besser als Heilen, das kennen wir auch aus der Friedenspolitik.

Michael Turnu



Ines-Jacqueline Werkner und Thomas Hoppe (Hrsg.): Nukleare Abschreckung in friedensethischer Perspektive. Fragen zur Gewalt, Band 7; Heidelberg 2019; 180 Seiten; 14,99 Euro

noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.“

Das Wörtchen „noch“ in seiner friedensethischen und friedenspolitischen Bedeutung ist Gegenstand des von Ines-Jacqueline Werkner und Thomas Hoppe herausgegebenen Bandes „Nukleare Abschreckung in friedensethischer Perspektive“, eine Frucht der Konsultationsreihe „Orientierungswissen“ der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (2017-2019).

In dem Band werden interdisziplinär und mit unterschiedlichen Positionen Überlegungen vorgetragen zur Aktualität der Heidelberger Thesen

in der Nuklearfrage (Ines-Jacqueline Werkner und Wolfgang Lienemann), zur nuklearen Abschreckung aus der Perspektive der römisch-katholischen Kirche (Klaus Ebeling), zur Politik und Ethik nuklearer Abschreckung unter veränderten internationalen Bedingungen (Peter Rudolf), zu neuen Typen von Kernwaffen und ihren Trägern – Gefahren für die strategische Stabilität (Jürgen Altmann), zu den völkerrechtlichen Dimensionen von Massenvernichtungswaffen und nuklearer Abschreckung (Hans-Joachim Heintze), zum Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen und zu negativen Sicherheitsgarantien (Heinz Gärtner) sowie

zur nuklearen Abschreckung in der Kritik politischer Ethik (Thomas Hoppe). Lienemann stellt zur Gültigkeit der Heidelberger Thesen fest, das zeitlich (nicht konditional) zu verstehende „noch“ der 8. These sei ebenso „mit der Auflösung der Sowjetunion und dem Ende der antagonistischen Systemkonkurrenz entfallen“ (S. 31) wie seine „politischen und militärischen Prämissen“ (S. 31), auch die für die Anerkennung einer „heute noch möglichen“ ethischen Option einer nuklearen Abschreckungsstrategie“ (S. 33). Nach 60 Jahren sei festzustellen, dass die „Möglichkeiten einer politischen Friedenssicherung“ (S. 37) erfolglos waren. Eine „Interimsethik“ im Sinne einer vorläufigen Akzeptanz der Kernwaffen sei am Ende.

Den Kontrapunkt setzt Werkner: Die nukleare Abschreckung habe zwar dazu beigetragen, einen Atomkrieg zu verhindern, habe aber eine „nachhaltige Abrüstung nicht befördern können“ (S. 53). „Mit der Wiederkehr der Geopolitik“ sei „die kriegsverhütende Funktion nuklearer Abschreckung fragiler geworden“ (S. 54). „Das heißt nicht, auf die Vision einer Welt ohne Atomwaffen zu verzichten. Man muss aber zwischen Hoffnung (auch im Glauben) und realpolitischer Umsetzung differenzieren“ (S. 56). Das »noch« der 8. These müsse durch implizite „Interimslösungen“ (S. 56) näher bestimmt werden. „So ist das ‚noch‘ nicht lediglich zeitlich, sondern konditional zu interpretieren. Nukleare Abschreckung kann eine ‚heute noch mögliche‘, das heißt ethisch verantwortbare Option darstellen, wenn sie an Rüstungskontroll- und Abrüstungsschritte rückgebunden wird, um einem Frieden in Freiheit näher zu kommen“ (S. 56 f.). Die „Grundidee der gemeinsamen Sicherheit“ sei ein „weitgehender rüstungspolitischer Schritt“ (S. 57) und alternativlos. Denkbar seien atomwaffenfreie Zonen, negative Sicherheitsgarantien, die Begrenzung auf ausschließlich strategische Nuklearwaffen oder eine Minimalabschreckung.

Ebeling stützt diese Argumentation, indem er der friedensethischen Entwicklung den Rang einer „Prozessethik“ (S. 77) einräumt. Hoppe plädiert dafür, eine fair ausgehandelte Rüstungssteuerung und andere technische Möglichkeiten „schrittweise und auf Sicht“ (S. 176) im Rahmen der Abschreckungspolitik anzustreben. Gärtner empfiehlt mit Blick auf den Nichtverbreitungsvertrag negative Sicherheitsgarantien zwischen Nuklearwaffenstaaten und Nichtnuklearwaffenstaaten. Rudolf urteilt zu Form

und Gründen der Abschreckung, „in ethischer Hinsicht ändert das nichts an dem Befund, dass nukleare Abschreckung ein höchst problematisches Konstrukt ist“ (S. 100). Altmann kommt nach der fast deprimierenden Darstellung der Entwicklung der Kernwaffen zu dem generellen Schluss, dass ein Atomkrieg nicht gewinnbar sei und deshalb nicht geführt werden dürfe. Heintze fordert unter Hinweis auf die Entstehung des Atomwaffensperrvertrages Bemühungen zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Vermittlung zwischen den Nuklearstaaten und den Abrüstung befürwortenden Staaten. Ergänzend zu nennen ist hier ausdrücklich die beispielhafte Rolle der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (Ican).

Die Stellungnahme „Die Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abrüstung“ (2019) der katholischen Deutschen Kommission Justitia et Pax ist zwar kein Gegenstand des Bandes, aber als klärendes Votum für die evangelischen Kirchen ebenso von Bedeutung wie die Aussagen von Papst Franziskus.

Der Band ist zur Vertiefung der Debatte in Kirchen, Gesellschaft und Politik zu empfehlen.

Ulrich Frey



Ullrich Hahn: Vom Lassen der Gewalt. Thesen, Texte, Theorien zum Gewaltfreien Handeln heute. Hrsg. von Annette Nauerth und Thomas Nauerth; edition pace; Norderstedt 2020; 340 Seiten; 14,80 Euro (für Kindle: 7,99 Euro)

Es ist vielleicht die Zeit für Rückschauen und Bilanzen. Der Autor Ullrich Hahn, Jahrgang 1950, bietet solches mit seinem Buch im 71. Lebensjahr. Er gehört hierzulande zu den Menschen, die die Kultur der Gewaltfreiheit und des pazifistischen Anti-

militarismus repräsentieren, im Rampenlicht oder auch mehr hinter den Kulissen. Zu ihnen zählten und zählen Wolfgang Zucht, Helga Weber, Wolfgang Sternstein, Ekkehard Krippendorff, Wolfram Beyer, Ulrike Laubenthal, Johann Bauer, Lou Marin, Heinz Rothenpieler, Uli und Sonnhild Thiel, Josef Geue, Andreas Buro, Wolfgang Hertle, Reiner Steinweg, Egon Spiegel, Nikolaus Koch, Renate Wanie, Theodor Ebert – und gewiss ist diese Liste noch unvollständig, man möge mir nicht genannte Namen verzeihen.

Ullrich Hahn, mehrfacher Familienvater, vermittelt nach außen eher den Eindruck eines asketischen, bedächti-

gen Menschen, der seine Kraft sowohl aus spiritueller Kontemplation und religiöser Meditation wie auch aus seiner reflektierten Art, Dinge zu durchdenken, bezieht. Immer wieder nennt er den christlichen Mystiker Meister Eckhart, auf den er sich bezieht, aus dessen „Predigten und Traktaten“ der Anarchist Gustav Landauer Stücke ins Deutsche übertrug.

Für mich gehört Ullrich Hahn zu den seltenen Menschen, die sich durch ihr gewaltfreies Auftreten auf natürliche Weise Respekt bei ihrem Gegenüber verschaffen können. Hier tritt niemand an, der belehren und unterrichten will. Im Gegenteil. Das stattliche Buch ist mit der Auswahl seiner

Beiträge so etwas wie die Quintessenz eines Denkens und Handelns zu Idee und Praxis der Gewaltfreiheit und gewaltfreier Politik in allen ihren Aspekten: politischen, ethischen, theologischen genauso wie philosophischen, rechtlichen und organisatorischen.

Die Zusammenstellung erfolgte aus einem Zeitraum von gut 20 Jahren von 1998 bis 2019. Es sind kürzere wie längere Vorträge, Referate, Thesepapiere mit Impulsen, eine Predigt, Reflexionen, grundsätzliche Erörterungen darunter. Eine abwechslungsreiche Mischung, die an jeder Stelle ein Einsteigen ins Buch ermöglicht, je nach leitendem Interesse. Das macht es lesefreundlich.

Etwas ungewöhnlich ist die Entstehungsgeschichte: Die Herausgeber Annette und Thomas Nauerth wollten dem Autor, der vor Kurzem 70 Jahre alt wurde, eine Überraschung bereiten und besorgten von sich aus in der von ihnen und Peter Bürger betreuten „edition pace“ die gelungene Auswahl der Texte. Das Ergebnis reiht sich ein in manch andere vorgelegte autobiografische Bilanzen, etwa von Andreas Buro, Wolfgang Sternstein, Theodor Ebert oder auch von dem im vergangenen Jahr verstorbenen „KDV-Pastor“ Ulrich Finckh. Es ist gut, solche Zeugnisse zu haben, denn wie der Kulturanarchist Gustav Landauer einmal treffend sagte: Auch die Vergangenheit ist Zukunft.

Als Einstieg bietet sich an, die hinführende Einleitung des Autors (Seiten 13-20) und das würdigende Nachwort (S. 323-338) von Egon Spiegel, katholischer Theologe und Friedensforscher an der Universität Vechta, zu lesen.

Der Totalverweigerer Spiegel war in gemeinsamen Studienzeiten in Freiburg im Arbeitskreis Frieden der ESG (Evang. Studierendengemeinde) und dann in der Gewaltfreien Aktion Freiburg Gesinnungsfreund und Weggefährte Ullrich Hahns. Aus beiden Quellen kann man sich über Person und Lebensweg des im norddeutschen Oldenburg geborenen Hahn orientieren,

der dann seit seinem zweiten Lebensjahr im badischen Villingen, am Rand des südlichen Schwarzwaldes, aufwuchs und dort noch immer lebt.

In der Nähe gibt es neben der Versöhnungsbund-Regionalgruppe Schwarzwald-Baar-Heuberg das *Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie*, das sich durch Michael Schmid und andere Aktive längst zu einem regionalen Friedensbewegung-Fokus mit eigenem Rundbrief und Newsletter entwickelt hat. Ein anderes Lebens- und Wohnprojekt in der Umgebung ist das *Lebenshaus Trossingen – Ökumenische Gemeinschaft für soziale Integration*, in dem Menschen mit psychischen und sozialen Schwierigkeiten aufgenommen werden, und der ihm angeschlossene alternative Wirtschaftsbetrieb des „Nudelhauses“. Auch der 2004 leider früh verstorbene Wirtschaftsfachmann Willi Haller (Buch: *Die heilsame Alternative: jesuanische Ethik in Wirtschaft und Politik*; Wuppertal 1989), der ein ökonomischer, ökumenischer und sozialer Visionär und Praktiker war, dem im Buch ein Nachruf von Ullrich Hahn gewidmet ist (S. 44-46), gehörte zu diesem lockeren Verbund in der südlichen baden-württembergischen Provinz. Gewaltfreiheit entsteht und gedeiht am besten in und aus lokalen und regionalen Strukturen und Zusammenhängen anderen Lebens als dem bestehenden.

Seit 1996 gehört Ullrich Hahn dem Vorstand des 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbundes, deutscher Zweig (VB), an, erst 14 Jahre lang als dessen Vorsitzender und seither als Präsident. Das hat ihn natürlich geprägt, und es hat ebenso den deutschen Versöhnungsbund geprägt, den er so seit vielen Jahren verantwortlich mitgestaltet.

Zum VB kam er schon 1973 über seine Kriegsdienstverweigerung. Als junger Mann hatte er sich freiwillig zum Bundesgrenzschutz (heute: Bundespolizei) gemeldet und paramilitärischen Grenzdienst im nordbayeri-

schen Coburg an der innerdeutschen Grenze geleistet. Er kündigte vor Ablauf seiner Zeit den Vertrag. Danach verweigerte er als Reservist.

Kriegsdienstverweigerung ist ein Zeugnis des Primats des Gewissens vor staatlichen Forderungen. Ullrich Hahn hat als Rechtsanwalt und VB-Mitglied dann selbst auch Kriegsdienstverweigerer beraten und durch die Gewissensinquisition begleitet und dieses Engagement auch auf sog. Totalverweigerer von Kriegs- und Zivildienst ausgedehnt. Er gehörte dem bis 2014 bestehenden Menschenrechtsverein Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer als Fördermitglied an und nahm gelegentlich als VB-Delegierter auch an deren Versammlungen teil. Im Abschnitt „Ethik“ findet sich eine Stellungnahme Hahns anlässlich einer Mitgliederversammlung 2004 der Zentralstelle KDV zu „Bundeswehr, Wehrpflicht, soziales Pflichtjahr“ (S. 167-70).

Im VB, im Buch ein ganzes Kapitel (S. 308-322), berühren sich Irenik (Friedenslehre), Friedenstheologie, der Gedanke von Völkerrecht und Völkerverständigung, Theorie und Praxis gewaltfreier Aktion und christliche Versöhnungspraxis aufs Engste und durchdringen einander.

Jeder moderne Krieg ist komplex betrachtet ein totaler zivil-militärischer „Fünfkrieg“ (Nikolaus Koch), der sich nährt aus militärischen, politischen, wirtschaftlichen, ideologischen und psychologischen Komponenten, die ihn stützen und absichern. Der Krieg lugt beständig unter dem Frieden hervor, er ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, er findet in den Köpfen statt, als Wirtschaftskrieg, als ideologisch gerechtfertigter „Antiterrorkrieg“, als politische Drohung und Abschreckung mit Hochrüstung und atomaren Massenvernichtungswaffen. Das sind die totalitären Sümpfe, die es trocken zu legen gilt. Dem Krieg seine strukturellen Standbeine nehmen, wie es Johan Galtung nennen würde.

Der Versöhnungsbund ist zusammen mit der DFG-VK, der IPPNW u.a.

mit eine der bedeutendsten Teilgruppierungen der Friedensbewegung in der BRD. Sie bilden ihr Rückgrat zusammen mit der Kooperation für den Frieden und dem Bundesausschuss Friedensratschlag, die beide bundesweite Diskussions- und Aktionsforen darstellen. Begleitet und unterstützt von Publikationsorganen wie dem VB-Rundbrief, der *ZivilCourage*, dem Friedensforum, dem Friedensjournal und der Graswurzelrevolution bildet dies ein stattliches Info-/Aktions-Netzwerk, in dem sich tausende Menschen aktiv zu verschiedenen Themen und in Projekten betätigen. Niemand behauptete, es gäbe keine Friedensbewegung! Der hämische Ruf bürgerlicher Medien, wo diese denn bleibe, wenn's wieder mal irgendwo militärisch kracht und schießt, verkennt diese vorhandenen Strukturen und Aktivitäten. Die Friedensbewegung ist da, trifft und koordiniert sich und existiert auf verschiedene Arten, von konzertierten Lebenslauten, die zu ungehorsamen Aktionen am Atombombenstandort Büchel aufspielen, bis zu ständigen Beobachtungsposten an Standorten von Rüstungsexporturen wie den Waffenhändlern des Todes von Heckler & Koch. Ihr entgeht nichts.

Wer von der Gewalt lässt, setzt andere Prioritäten, entwickelt andere Perspektiven und nimmt sich andere Ziele vor. Sie lauten: Recht und Gerechtigkeit, gewaltfreie zivile Konfliktbearbeitung, ziviler Friedensdienst, Friedens- und Konfliktforschung, Analyse struktureller, imperialer Gewalt, Kooperation mit Natur, Kreatur und Umwelt, Bewahrung der Schöpfung.

Auf all diesen Feldern bewegt sich Ullrich Hahns Leben, Denken und Handeln. Wer von der Gewalt lässt, hat alternative Visionen von Zusammenleben und Frieden als die Abschrecker, Droher, Verteidigungspolitiker, Angstmacher, Sicherheitsfanatiker und Waffenrüster und -händler überall auf der Welt. Frieden ist nicht nur Ziel, er ist vor allem ein Weg (Gandhi), auf dem das Ziel erkennbar werden und blei-

ben muss. Das geht nicht ohne Gewaltverzicht und internationale Verständigung in einer Diktion und einem Klima „gewaltfreier Kommunikation“. Wer auf Gewalt verzichtet, muss andere Mittel haben oder entwickeln, Konflikte zu lösen. Diesem Komplex sind in Hahns Buch vor allem die Abschnitte über Gewaltfreiheit, Ethik, Recht und Politik gewidmet, insgesamt gut die Hälfte des Inhalts. Sie bilden eine Art Systematik, die man in vielen anderen Publikationen kaum so komprimiert und zugespitzt reflektiert findet. Durch sie wird deutlich, was das Manko derer ist, die das herrschende Paradigma von Gewalt, Bewaffnung und Kriegführen rechtfertigen und an ihm festhalten. Sie haben deshalb keine Idee und wirkliche Vorstellung von Frieden als Prozess, den es ohne soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte nicht gibt.

In den letzten Jahren machte sich Ullrich Hahn noch einmal an das intensivere Studium der Philosophie der Aufklärung und der Denkschrift „Vom ewigen Frieden“ Immanuel Kants. Dazu las er dessen Schriften zur Kritik von Vernunft und Urteilskraft – schwere philosophische Brocken. Leider findet sich im Band explizit kein Dokument zum Ergebnis seiner Studien, sieht man davon ab, was ohnehin Eingang in sein Denken gefunden hat und sich in seinen Texten spiegelt.

Man kann Ullrich Hahn getrost als „Anarcho-Pazifisten“ bezeichnen.

Er denkt und argumentiert von unten in die Horizontale. Er übt Kritik an Staat und Militär. Der gewaltlose Anarchismus eines Leo Tolstoj, Mahatma Gandhi, Henry David Thoreau, Gustav Landauer hat ihn beeinflusst und geprägt.

Im Buch findet sich im Abschnitt „Politik“ ein 1998 in Tübingen gehaltenen Vortrag zu „Anarchie“ (S. 245-249), in welchem er eine Definition gibt, auf Historie, Gegenwart und Wirkung eingeht. Angewandte Ausführungen dazu finden sich in den kurzen Impulsbeiträgen „Thesen zur unmittelbaren Demokratie“ (S. 250-252) und „Thesen

zum verantwortlichen Wahlverzicht“ (S. 286-288).

Mit verantwortlichem Tun und Reden beantwortet Ullrich Hahn die Frage, ob man heute Anarchist (Anarchistin) sein kann: man kann! – und vielleicht muss man es sogar angesichts des Weltzustands. Was wir heute brauchen, sind Verkleinerung kontra Mega-Maschine und Übersicht (dezentrale Regionalität) kontra globale Geflechte von Imperialität und Monopolen. Für beides steht beispielhaft Ullrich Hahns Wort und Tat.

Der ganze Abschnitt mit Beiträgen über „Recht“ ist hier sehr hilfreich, in dem Menschen- und Völkerrecht, Fragen von Folter, Strafe, internationaler Polizei, Terrorismus angesprochen und erörtert werden und dagegen die Stärke des gewaltfreien, machtlosen Rechts betont und ausgeführt wird. Hahn ist, wie erwähnt, von Beruf Rechtsanwalt; Er weiß, wovon er spricht und was er vertreten kann.

Seine besonderen Spezialgebiete in der Kanzlei, in der auch einer seiner Söhne als Anwalt tätig ist, sind Flucht, Migration und Asylrecht. Auch das ist ein Abschnitt im Buch (S. 295-308). Gegen seit langem Millionen Flüchtende aus Krisen- und Kriegsgebieten „mauert“ sich Europa ein, stoppt Bewegungen über Grenzen und Meere, unterhält dazu bewaffnete Kräfte wie Frontex und zahlt Milliardensummen an EU-Geldern an zweifelhafte Grenzhüter außerhalb der EU wie die Türkei Erdogans, um Flüchtende aufzuhalten. Statt mit diesem Geld eine geordnete Einwanderung und legale Asyl-Transfers zu organisieren. Statt Aufenthalte in Deutschland und EU-Ländern zu ermöglichen zur Beendigung des Elends auf den Fluchtwegen und in den riesigen Flüchtlingscamps, die eine Schande für jedes humane Empfinden sind. Statt der Steuereinnahmen aus Rüstungsexporten deutscher Konzerne in Krisen- und Kriegsgebiete sollten diese als wesentliche mittelbare Fluchtursache endlich gestoppt werden. Die konkreten Schritte, die große Effekte erzielen könnten, sind machbar, es fehlen der

politische Wille und die nötige Empathie dazu. Ullrich Hahn gibt eine historische Übersicht über Flüchtlingsrechte in Deutschland und setzt in Sachen Migration und Asyl auf Friedensanstelle von ausgrenzender Sicherheitslogik.

Im umfangreichen Abschnitt über „Theologie“ (S. 89-140) finden sich Beiträge zur biblisch-theologischen Reflexion über Frieden und Krieg, am deziertesten in den Beiträgen zur letzten EKD-Friedensdenkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ von 2007 und im Text „Was sollen wir denn tun (Lukas 3, 10) – Vergewisserung aus Sicht eines christlichen Pazifismus“.

Um ihre jahrzehntelange komplementäre Uneindeutigkeit eines „Jein“ zu Atomwaffen, eines „Jein“ zum Krieg (Lehre vom gerechten Krieg als „ultima ratio“) zu überwinden, hat sich die EKD in ihrer Denkschrift zum Leitbild des „gerechten Friedens“ durchgerungen, allerdings immer noch eine Hintertür für das Militär offengehalten für bewaffnete Aktionen „rechtserhaltender Gewalt“. Der Einsatz militärischer Gewalt bleibt so weiterhin eine Definitionssache des Staates. Ullrich Hahn kritisiert an der Denkschrift

den fehlenden eindeutigen Gewaltverzicht. Schließlich betreibt man auch immer noch eine staatlich finanzierte und ausgestattete „Seelsorge in der Bundeswehr“ (früher: Militärseelsorge), die nach der Forderung kritischer kirchlicher Gruppen beendet werden soll. Soldat*innen-Seelsorge gehört zurück in die Gemeinden, wo sie hingehört in die Diskussionen unter Christ*innen über Gewalt, Krieg und Frieden. Es kann und darf keine qua Amt Soldat*innen und Militär segnen und rechtfertigenden Priester und Pastoren geben. .

Dem sehr lesenswerten Buch von Ulrich Hahn hätte gleichwohl des Umfangs wegen ein Personenregister am Ende sehr gut getan. Der Sammelband bietet den besonderen Vorzug, dass die Thematik Gewalt/Gewaltfreiheit bei aller grundsätzlicher Erwägung und Perspektive immer sehr lebensnah aufgegriffen und erörtert wird.

Ullrich Hahns tiefgehende und weitreichende Reflexionen sind zugleich Ermutigung und Wegweisung für die politische Praxis und als solche wohl auch gedacht.

Elmar Klink

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Machen wir uns nichts vor: Die Nachwuchswerbung mit Abenteuer-Appeal funktioniert bei den jungen Leuten nicht mehr. Wer will sich schon fern der Heimat zum Krüppel schießen lassen? Afghanistan – da war noch ein Rest Kifferromantik mit dabei; aber wer will schon freiwillig nach Mali oder wie die Reiseziele derzeit heißen? Alles ohne Reiz – und in pandemischen Zeiten geht es nicht um Ferntourismus, sondern um den Schutz des eigenen Lebensraums, also der Heimat. Da kommt der freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz gerade richtig, denn die Zutaten stimmen: begrenzte Dienstzeit, Grundausbildung auch an der Waffe, gleich danach eine Fachausbildung und schließlich der heimatnahe Einsatz als Reservist. Gewissermaßen an der Heimatfront, also genau dort, wo die Heimatschützer zu Hause sind. Und geradezu genial, wie unsere Ministerin diesen Dienst verkauft. „Dein Jahr für Deutschland“ heißt er. Da ist so viel nationale Emotion drin; da wird einem warm ums Herz. Das Dienen soll die neue Normalität werden. Erstmal freiwillig, aber unsere Befehlshaberin tritt ja schon lange für eine allgemeine Dienstpflicht ein. Der erste Schritt ist nun gemacht. Weiter so!

gez. Alex von Lingua, Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

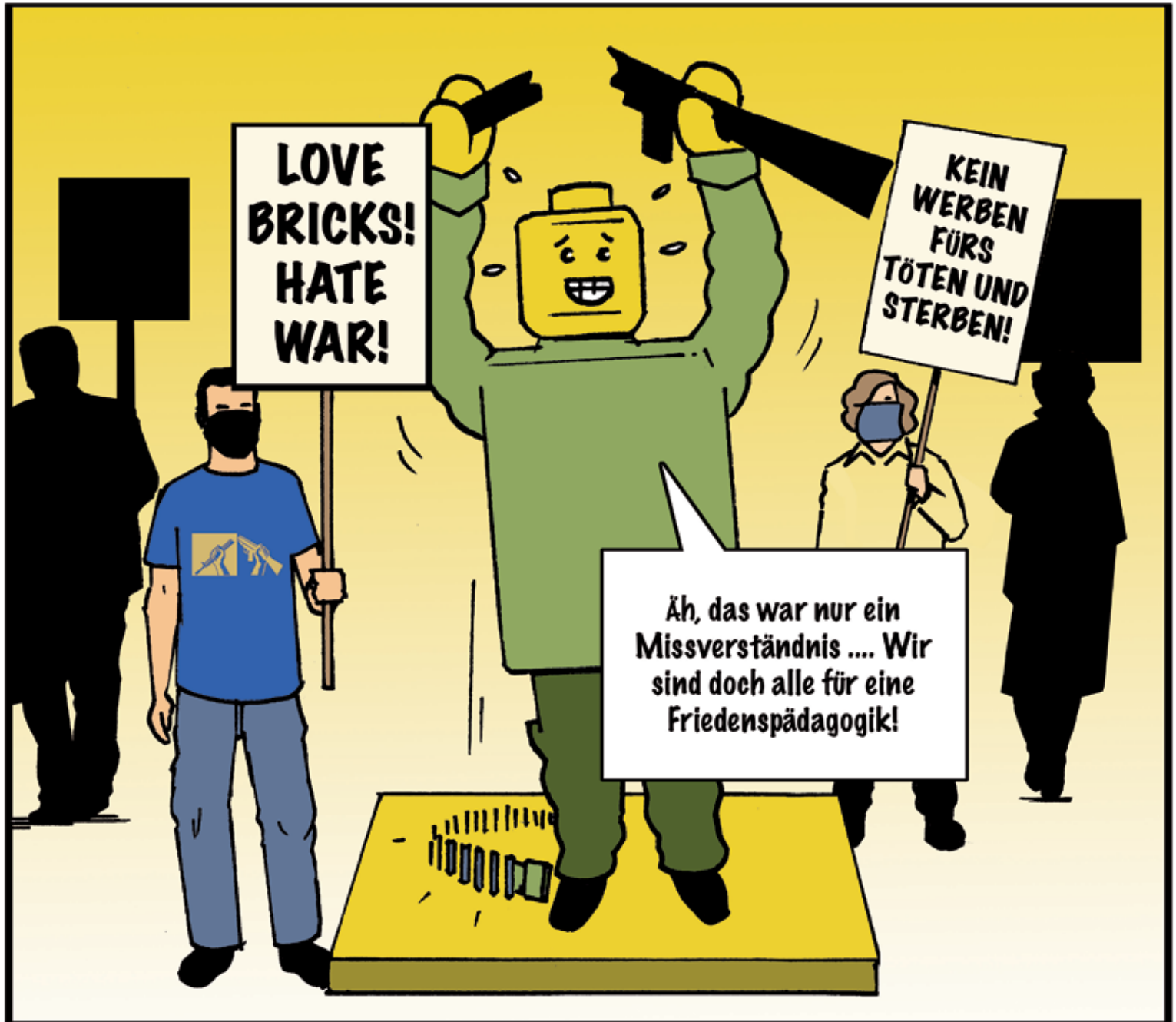
Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



Die ZivilCourage-Karikatur



Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart



Die Grundsatzklärung der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher erntschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.